Achtung Seite 5: Der Spitzel und sozialdemokratische Reichstagskandidat Neßler!

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,60 Mark; durch die Post bezogen 2,85 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle, Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Dienstag, den 2. Dezember 1924** | **4. Jahrgang * Nr. 231**

Hölle Mansfeld A.-G.!

10 Mark Wochenlohn, 12-Stundentag — Kumpels, gebt Antwort am 7. Dezember!

Mascha Herzfeld

Direktor Schleifenbaum (bei der letzten Lohnverhandlung zu den hungernden Proleten): „Die Mansfeld A.-G. steht heute zwar finanziell gut da, aber sie muß sich erst von der schlechten Konjunktur der Inflationszeit erholen. Eine Aufbesserung der Löhne kommt daher nicht in Frage!"

— Das sagt der Direktor einer Firma, deren Besitzer, der Börsenschieber Hugo Herzfeld, eine typische Inflationshyäne war. Herzfeld hat sein Vermögen nur durch Börsenspekulation, die er mit allen Schlichen und aller Brutalität ausführte, zusammengeschoben.

Während der Inflationszeit mußten die Kumpels der Mansfeld A.-G. hungern, weil ihre Kapitalisten mit den Geldern an der Börse schoben, heute müssen sie verrecken, weil ihre Ausbeuter sich von der „schlechten Konjunktur" der Inflationszeit, — in der sie Millionen Gewinne machten, — „erholen" müssen.

Kumpels von der Mansfeld A.-G.! Gebt dieser Bande, die Euch mit 10 Mark Wochenlohn und zwölfstündiger Arbeitszeit die Kehle zuschnürt, gebt ihnen und ihren sozialdemokratischen und völkischen Hofhunden am 7. Dezember die rechte Antwort:

Wählt Kommunisten!

Ein erschütternder Brief

Sehr geehrter Herr Reichstagsabgeordneter Lademann!

Schon des öfteren war ich in Versammlungen und hatte Gelegenheit, Herrn Reichstagsabgeordneten Lademann zu hören; auch in der Völkischen Freiheitspartei, wo unter den acht Diskussionsrednern Sie, Herr Reichstagsabgeordneter, vernünftig, sachlich und eindrucksvoll sprachen. Ich gehörte seit Jahren Rechtsparteien an, habe aber von all den versprochenen Taten nichts gespürt, auch bei „schwarzrotgelb" (Regierungsschutzpartei) nicht. Mit der Wahrheit sind sie alle nicht auf das Rednerpult gestiegen, ihrer Feigheit wegen wohl auch deshalb, weil sie Spitzelder in Empfang nahmen.

Ihre Partei redet wenigstens frei von der Leber weg, Sie gehen mit der Wahrheit in die Oeffentlichkeit. Betreffend „Retiende Wege" glaube ich, daß Sie ein Menschenherz haben und eher erkennen, wie der arbeitenden Masse geholfen werden kann. Sie kennen ja die hiesigen Verhältnisse und müssen doch einsehen, daß hier im „Mansfeldschen" schnellste Hilfe not tut, ehe die Arbeitsklassen vor Hunger zusammenbrechen.

Was soll es auch werden, wenn die Lohnverhältnisse nicht baldigst Besserung erfahren. Könnte Ihre Partei, Herr Reichstagsabgeordneter, das Mansfelder Land vor dem Verderben und vor der Not und dem Hungerelend bewahren, dann bitte nehmen Sie folgendes auf und bringen Sie es in die Oeffentlichkeit und evtl. ins Blatt. Warum hier bei der Mansfeld A.-G. solch grauenhafte Zustände? — Ist es nicht geradezu ein Verbrechen, wenn

ein Bergmann 40 bis 60 Mark monatlich verdient und der kleine Beamte 100 bis 150 Mark?

Was soll es nur mit der Gesundung werden — fast kaum zu essen und doch unter Aufsicht mit Abbaudrohung arbeiten und nichts im Magen. Ist Ihnen der Aufsichts- und Abbau-Beauftragte schon bekannt, welchen die Firma Mansfeld A.-G. eingestellt hat? Es ist ein Freund vom General Schleifenbaum, der Herr Holzknecht. Er hat eine wunderbar eingerichtete neue Wohnung erhalten in der Gröblerstraße — sicher Dienstwohnung — hat freie Feuerung und Licht, schnüffelt auf allen Werken und in allen Bureaus herum, um Abbau vorzunehmen. Ist das nicht furchtbar? Bei allen Lohnforderungen verhält sich die Mansfeld A.-G. ablehnend. Warum verdienen die vielen, mehr wie im Frieden, angestellten Oberbeamten, tausende Mark pro Monat und dann noch freie Wohnung, Kohlen, Licht? Was muß das arbeitende Volk leisten für 60 Mark pro Monat und nichts frei! Was besitzt der Generaldirektor Heinhold alles: Gemüsepark in Burgörner (Schloß), einen Garten — Viccariatgasse —, einen Garten in der Bahnhofstraße, ein Erholungsheim in Wippra (auch für den General Schleifenbaum). Ferner bekommen aus dem Rittergut Vollstedt die hohen Herren täglich ihre Milch usw. ins Haus gefahren, sowie billige 5-Zentner-Schweine. Da sprechen solche Herren vom „Wiederaufbau des deutschen Reiches"! Was hilft unter solchen Herrschaften eine „nationale Gesinnung" dem hungernden Volk. Sehen Sie sich mal die armen Kinder an, wenn sie früh zur Schule gehen, da muß einem das Herz bluten, wenn man weiß, es könnte geholfen werden.

Sprechen Sie bitte mal im Reichstag und in den hiesigen Versammlungen, daß solche Herren, wie Herr Direktor Weißleder, nicht reden sollen. Diese kennen ja keine Not bei freier Wohnung, Holz, Kohlen und einigen tausend Mark im Monat. Auch Herr Realschuldirektor Ebert sollte ruhig sein, der bezieht 1000 Mark pro Monat, hat unheimlich spekuliert, also das Volk mit betrogen. Das nennt sich Schulleiter — Volkserzieher!

Was ist das für ein Wagen, welcher in Eisleben herumfährt? „Arbeiterfürsorge", dieser Wagen hält bei den gewerkschaftlichen Direktoren und ladet viel schöne Sachen ab. Ferner: Beamtenkasino „Goldener Löwe", ein prunkvolles Hinterhaus im Löwen — dürfen aber nur Oberbeamte verkehren — dort geht es hoch her; aber das arbeitende Volk hungert, sogar verhungert.

Können Sie nicht helfen — ehe ein furchtbares Elend im Mansfelder Land hereinbricht?

★

Dieser Brief eines Nichtkommunisten spricht Bände. Er zeigt, daß die Hungerzustände bei der Mansfeld A.-G. zum Himmel schreien, daß selbst Kleinbürger darauf aufmerksam werden.

Mit Recht beginnt der Schreiber seine Anklage, indem er auf die Lohnverhältnisse bei der Mansfeld A.-G. hinweist. Nur bei wenigen Kumpels übersteigt der Monatslohn 60 Mark. Die meisten erhalten einen Schichtlohn von 2,40 Mark, der nach allen Abzügen einen

Wochenverdienst von höchstens 10 Mark

ergibt. Angesichts der Tatsache, daß das proletarische Existenzminimum in diesen Wochen fast 70 Mark beträgt, bedeuten solche entsetzlichen Hungerlöhne, daß die Mansfelder Kumpels dem glatten Verrecken ausgeliefert sind. Ein Teil von ihnen,

Der Stahlhelm von der jüdischen Mansfeld A.-G. bestochen

Hofhunde der Mascha Herzfeld

Die Völkischen und Deutschnationalen ersetzen die ihnen fehlende politische Einstellung durch massenhafte Phrasen über den „Kampf gegen die Juden". Dabei befinden sich in ihren Reihen eine beträchtliche Reihe strammer „Judenstämmlinge" und in ihren Kassen reichliche Silberlinge aus den Tresorts vom Reiche Juda. Hier in Mitteldeutschland haben wir aber einen besonderen Beweis für die Verschwisterung der Deutschnationalen und Völkischen mit dem jüdischen Kapital. Auf der Mansfeld A.-G., deren Hauptbesitzerin die Witwe des jüdischen Börsenschiebers Hugo Herzfeld ist, erfreut sich der Stahlhelm besonderer Förderung. Nicht nur sind eine Reihe von Direktoren, wie die Menzel, Schleifenbaum und Heinhold „streng schwarzweißrot", auch der Betriebsleiter Knaub von der Krughütte ist direkter Stahlhelmführer, der zu Zwecken der Wahlpropaganda die Hydranten in seinem Werk schwarzweißrot anstreichen ließ. Die Hydranten der Jüdin Mascha Herzfeld!

Hinzu kommt, daß seit Jahr und Tag Stahlhelmleute auf der Mansfeld A.-G. eingestellt werden, wahrscheinlich zur Bespitzelung der Arbeiter, ja, daß man Arbeiter direkt in den Stahlhelm hineinpreßt, weil sie sonst keine Arbeit erhalten würden.

So fördert die jüdische Mansfeld A.-G. den völkischen Stahlhelm! Jüdisches Kapital und völkische Mordbanditen Arm in Arm!

Am 7. Dezember müssen die Mansfelder Kumpels beiden den Fußtritt geben!

Die Haftentlassung Holzweißigs abgelehnt

Kurz vor Redaktionsschluß erfahren wir:

Der preußische Justizminister sendet folgendes Schreiben:

„Nach Prüfung des Sachverhalts muß ich Bedenken tragen, die Unterbrechung des Strafvollzuges gegen Holzweißig anzuordnen."

Die Massen von Torgau und ganz Mitteldeutschland werden auf diese erneute Schamlosigkeit des Justizministeriums die gebührende Antwort erteilen. Sie werden alle ohne Ausnahme am 7. Dezember ihre Stimme abgeben für ihren inhaftierten Führer, den Landtagskandidaten Genossen Alfred Holzweißig, für die Liste 4.

Die Liste der Kommunisten!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241202-10/fragment/page=0001

so wird uns berichtet, erhält beim ersten Abschlag schon den Hauptteil der kärglichen Pfennige ausbezahlt, so daß Familienväter nicht selten am Hauptlohntag mit 5 Mark nach Hause kommen.

Daß damit kein Arbeiter leben kann, weiß die Mansfeld A.-G. natürlich ganz gut. Trotzdem lehnte sie bei der letzten Lohnverhandlung eine Erhöhung ab, mit dem Hinweis, daß sie sich erst von der „schlechten Konjunktur" der Inflationszeit „erholen" müsse. Hugo Herzfeld, dessen Witwe heute Hauptaktionärin der Mansfeld A.-G. ist, wird sich im Grabe umdrehen. Uns liegt ein bürgerliches Werk über die Inflation vor, in dem er als **„einer der ausgeprägtesten Spekulanten auf den Niedergang der Mark"** genannt wird, der **„ohne jede Rücksicht"** durch **Börsenspekulationen** sein **Vermögen zusammengauunerte.** Trotzdem redet die Mansfeld A.-G. heute davon, daß sie sich erst „erholen" müsse. Sie gibt die

gute finanzielle Lage des Werkes

zu, aber zahlen will sie nicht.

Genau so skandalös wie die Lohn-, sind die übrigen Arbeitsverhältnisse. Der Achtstundentag ist natürlich längst zum Teufel. **Unter Tage schuften die Proleten 8½ und über Tage 12 Stunden.** Dazu bei der schweren Arbeit in der Hitze der Hochöfen und Schlackenbetriebe, das **Zweischichtensystem.** Damit werden die Nerven der Mansfeld A.-G.-Arbeiter restlos aufgerieben.

Und das alles ist nur ein kleiner Ausschnitt. Hinzu kommen die Brutalitäten der Betriebsleitung, die Schikanen der Aufsichtsbeamten, der Stahlhelmterror usw., die die Mansfeld A.-G. dem mitteldeutschen Arbeiter zur Hölle machen. Und so ist das Mansfelder Land heute der dunkelste Punkt in Deutschland. Nirgends wagt das Unternehmertum derart offen und brutal seine Arbeitssklaven zu knebeln und auszupressen. Daß auf der anderen Seite die Herren selber verstehen, von der Butter den Rahm abzuschöpfen, und sich ein gewinnreiches und angenehmes Leben zu verschaffen, beweist obige Zuschrift. Man vergleiche die hier aufgedeckten Korruptionsfälle mit dem verzweifelten Hungerdasein des Mansfelder Kumpels.

Wenn der Einsender obigen Briefes den Genossen Lademann fragt: Können Sie helfen? — so antworten wir ihm, daß Hilfe nicht nur möglich, sondern unbedingt notwendig ist. Voraussetzung dazu ist die Stärkung der Partei, die im Gegensatz zu den reformistischen, sozialdemokratischen Freunden der Mansfelder Scharfmacher diese Hungerzustände bekämpft, die Stärkung der Kommunistischen Partei. Hinzu kommen muß die Abrechnung mit den gewerkschaftlichen Verrätern und die Stärkung der Opposition innerhalb der Gewerkschaften. Wenn diese Voraussetzungen erreicht sind, dann werden die schweren wirtschaftlichen Kämpfe, die zweifellos in den nächsten Monaten anheben werden, auch den Mansfelder Kumpel auf dem Plan finden.

Daß er gewillt ist, Schluß zu machen mit diesen schamlosen Zuständen, das beweist sein Kampfesmut in den letzten überfüllten Wahlversammlungen. Wer dafür ist, daß dieser Weg beschritten wird, der hat die Pflicht, am 7. Dezember kommunistisch zu wählen.

Husemann und deutscher Bergarbeiterverband aufgepaßt

In „The Mineworker", dem Organ der Minderheit in der englischen Bergarbeiterorganisation vom 15. November, fordert der Generalsekretär der Bergarbeiterinternationale, Cook, die Arbeiter auf, mit allen Kräften an der Stärkung der Organisation zu arbeiten, um den kommenden Angriffen der Unternehmer gegen die Siebenstundenschicht und den Mindestlohn gewachsen zu sein und höhere Löhne zu erkämpfen.

Er tritt für die Reorganisation der Miners Federation zu einem einheitlichen Verband ein. Die Mitglieder selbst, sagt er, müssen die Politik der Organisation bestimmen; in die Organisation gehören alle Arbeiter, gleichgültig welcher politischen Partei sie angehören. Er betont, daß er Gegner des Dawes-Planes ist, da derselbe die Versklavung der Bergarbeiter ganz Europas bedeutet. Der Artikel schließt mit der Betonung, daß eine **internationale Aktion der Bergarbeiter notwendig ist.**

Was sagt wohl Husemann dazu?

Er sagt wohl „Gott strafe diese englischen Gewerkschafter, und behüte uns unseren lieben Compers".

Die Empörung über den Wahlaufruf des ADGB.

Die Antwort: Wählt Kommunisten

Der DMV. Aschersleben gegen den Wahlaufruf des ADGB.

In der gestrigen Mitgliederversammlung des DMV. Aschersleben wurde nach eingehender Diskussion, an der sich auch der anwesende Bezirksleiter Rößler beteiligte, folgende Resolution fast einstimmig angenommen:

„Die Mitgliederversammlung des DMV. Aschersleben begrüßt die Forderung der Einheit der gesamten internationalen Gewerkschaften. Sie wendet sich ganz entschieden gegen die Ausnutzung der Gewerkschaftspresse für einseitige Wahlpropaganda der SPD. und verlangt statt dessen Wahrheiten über Rußland laut den Berichten der englischen Gewerkschaftsführer Purcell und Edo Fimmen."

Der Gelsenkirchener DMV. empört über den Wahlaufruf des ADGB.

(Eig. Drahtm.) Gelsenkirchen, 2. Dezember.

Gestern tagte hier die Generalversammlung des DMV. Nach dem Referat und Korreferat wurden verschiedene Resolutionen angenommen, in denen die Arbeiterschaft zum Kampf gegen den Dawes-Plan aufgefordert und der verbrecherische Wahlaufruf des ADGB. in schärfster Weise gegeißelt wird.

*

Aufforderung des Deutschen Verkehrsbundes Düsseldorf

Am 7. Dezember jede Stimme den Kommunisten!

(Eig. Drahtm.) Düsseldorf, 2. Dezember.

Der Deutsche Verkehrsbund Düsseldorf faßte am Sonnabend in einer gutbesuchten Generalversammlung den Beschluß, den Aufruf des ADGB. zur Wahl mit Entrüstung zurückzuweisen und am 7. Dezember nur der einzigen Arbeiterpartei, der Kommunistischen Partei, ihre Stimme zu geben.

Severing beschlagnahmt!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 2. Dezember.

Severing hat die Revolutionsgedenknummer der „Jungen Garde" beschlagnahmt.

Gilbert der I.

und seine Lakaien in der „Allgemeinen Zeitung"

Am 30. November gab die **„Allgemeine Zeitung"** (schwarzweißrotes Schwerindustriellenorgan) unter der Ueberschrift: **„Gilbert und die Reparationskommission"** folgendes Erbauliche von sich:

„Das klingt ja alles ganz schön und gut, aber eigentlich ist es doch unerhört, wie man in der heutigen „demokratischen" Zeit die Völker mit schönen Redensarten hinters Licht führt. Denn was nützen all diese Ausführungen, wenn man über die allein entscheidende Frage, ob Gilbert die Ausfuhrabgabe von 26 Prozent für zulässig hält oder nicht, keine Silbe erfährt. Freilich, das Schweigen ist ja auch eine Antwort, und so wird es schon dabei bleiben, daß der ungekrönte Kaiser der deutschen Republik, Gilbert I., genannt „Der Neutrale", sich seine Stellungnahme vorbehält, um von Fall zu Fall zu entscheiden, wie es den Interessenten der Finanzgruppen in Amerika entspricht, die diesen jungen Mann als ihren „Agenten" auf den deutschen Thron gesetzt haben. Kein Wunder, wenn das deutsche Volk immer stutziger wird über das, was unsere „republikanischen Regierungen ihm alles beschert haben, und wenn es am 7. Dezember einen Weihnachtswunschzettel abgibt, auf dem brauchbarere und schönere Geschenke verzeichnet sind, als die, mit denen man uns seit 1918 „beglückt". Wir wollen endlich wieder ein deutsches Land haben, statt einer Kolonie der Dollarlönige. Sie paßt uns nicht, die Entwicklung, wie sie seit der Revolution anhebt: doll — dollar — am dollsten."

Auf derselben, der ersten Seite beginnt ein Briefsatz der Frau v. Oheims: „Die Frauen und die kommenden Wahlen", der auf der zweiten Seite umläuft und zum Schluß mit folgendem Treuebekenntnis zum Dawes-Vertrag endigt:

„Nur dann wird das deutsche Volk endlich wirklich nach außen wie nach innen eine geschlossene, selbstbewußte würdige Gemeinschaft darstellen . . ., wenn es alle einmal übernommenen Verpflichtungen (Dawes-Abkommen) auch möglichst zu erfüllen strebt."

Man weiß wirklich nicht, ob man mehr in Erstaunen geraten soll über die Heuchelei der Schreibkulis von der „Allgemeinen Zeitung", oder über die von dieser Redaktion vorausgesetzte Dummheit der Leser dieses Blattes. **Ein Mummelgreis erhebt sein Pappschwert, um unter beweglichen Klagen das Dawes-Gutachten**

Heute vor 10 Jahren!

Der heutige Tag hat in dem zehnjährigen Weltkriegsjubiläum dem zehnjährigen Gedenken an das imperialistische Völkergemetzel eine besondere Bedeutung.

Heute vor zehn Jahren, **am 2. Dezember 1914, verweigerte Karl Liebknecht zum ersten Male die Kriegskredite. In einer flammenden revolutionären Erklärung riß er der patriotischen Phrase vom Verteidigungskrieg und dem sozialdemokratischen Verbrechen vom Burgfrieden die Maske vom Gesicht.**

Heute von zehn Jahren wurde damit zum ersten Male seit dem schmählichen August 1914 das rote Banner der proletarischen Revolution entfaltet. Haben die deutschen Arbeiter nichts aus diesen zehn Jahren **gelernt? Ist ihnen Arbeit und Tod Liebknechts nicht eine ernste Mahnung,** endlich abzurechnen mit der Kapitalistenclique und ihren sozialdemokratischen Lakaien, denen Liebknechts schärfster Kampf galt? **Wir glauben doch!**

Und in wenigen Tagen wird die deutsche Arbeiterschaft das erneut beweisen durch ihr millionenfaches Eintreten für den Kommunismus.

zu erschlagen, und eine Dame macht hinterdrein einen artigen Hofknix, um Morgan zu ehren. Lassen Sie der Dame den Vortritt, Redaktion von der „Allgemeinen Zeitung", dann gehen Sie nicht nur einer in deutschen Landen selbstverständlichen Höflichkeitsform Ausdruck, sondern Sie legen damit auch einen Teil wenigstens Ihrer gebräuchlichen Verlogenheit ab, denn Sie sind und bleiben Dawes-Jünger.

Wir raten Ihnen, ehren und achten Sie Ihren Meister, so wie sich's gebührt, und machen Sie keine solchen Seitensprünge mehr.

Die deutschnationale Judenpartei

Die bürgerliche Zeitung „Republik" in Berlin berichtet folgende interessante Tatsachen:

Der Spitzenkandidat der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Quaatz, ist trotz seiner völkischen Einstellung und seiner Beteuerungen, durchaus nicht „judenversippt" zu sein, ein echter „Judensammling". Wie die Sächsische Republ. Korresp. erfährt, ist Quaatz ein naher Verwandter des Direktors des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, des Herrn Dr. Holländer. Vor einiger Zeit schrieb Herr Geheimrat Quaatz in einem sächsischen Blatt folgenden Satz: „Schüttelt am 7. Dezember das rote Joch der Judenherrschaft ab, dessen Machenschaften für immer unmöglich sind." Dies schreibt der deutschnationale Spitzenkandidat in Sachsen, Dr. Quaatz, der Sohn einer jüdischen Mutter ist, und dessen Adern jüdisches Blut in sich tragen.

*

Ja, ja, Herr Quaatz, die Blutmischung kommt an den Tag und die Deutschnationalen werden auch Sie schlucken, wie sie mit Vorliebe das jüdische Kapital zu schlucken pflegen. Wir haben schon seit Jahren darauf hingewiesen, daß hinter den Deutschnationalen und den Völkischen das christliche wie das jüdische Kapital

steht. Oder ist die Mascha Herzfeld, die Hauptaktionärin der Mansfeld A.-G. etwa keine Jüdin? Und hält sie nicht die Stahlhelmgarde ihres Bezirkes aus, um die Arbeiter niederzuhalten?

Die ehrlichen Elemente in den Rechtsparteien werden immer mehr den völkischen Schwindel erkennen lernen, der darin besteht, daß man die Kapitalfeindschaft der Massen benutzt, und sie auf das jüdische Kapital ablenkt, das nur scheinbar bekämpft, in Wirklichkeit gehätschelt wird. Die Kommunisten haben die Aufgabe, den Schleier von Lug und Trug wegzureißen. Sie haben aufzuzeigen, daß die Deutschnationalen und Völkischen die besten Massenfänger sind für die Herrschaft des deutschen und jüdischen Kapitals. Die ehrlichen Massen werden sich von diesen Betrügern wegwenden und den jüdischen wie den christlichen Kapitalisten und ihren parlamentarischen Vorbetern einen Fußtritt auf Nimmerwiedersehen geben.

In den Armen liegen sich beide

Die „Magdeburgische Zeitung" (Schwerindustriellenorgan) schreibt am 1. Dezember 1924 unter der Ueberschrift: **Sozialdemokratische Anerkennung:**

Am 18. November 1924 sagte der sozialdemokratische Landrat Guske aus Merseburg in einer Wahlrede in Zeugleb, Kreis Querfurt: „Die Deutsche Volkspartei ist eine Partei der Tatsachen".

Wie gerne stellt sich doch die Sozialdemokratie auf den Boden der Tatsachen, auf den Boden der kapitalistischen Tatsachen, auf den Boden der Stinnespartei. Es ist nur eine Frage, ob dies auch die sozialdemokratischen Proleten tun wollen.

Wer brutalste kapitalistische Ausbeutung will, wählt SPD.

Wer den Kapitalismus als den Todfeind der arbeitenden Klasse erkannt hat und beseitigen will, wählt KPD. Liste 4.

Kommunisten von Stahlhelmbanden ermordet?

(Eig. Drahtm.) Berlin, 2. Dezember.

Die am Sonntag von der KPD. Neudamm einberufene Wahlversammlung in Rosenthal, Landkreis Soldin, die von Landarbeitern und Kleinbauern stark besucht war, wurde von einer 40 Mann starken Stahlhelmtruppe überfallen. Als der Berliner Referent, Genosse Papst, zu Anfang auf die Landarbeiterlöhne zu sprechen kam, stürzten sich die Stahlhelmbanden unter Führung eines Gutsinspektorsohnes auf die Versammlungsleitung, mißhandelte sie mit Eichenknüppeln und Stiefelabsätzen und bedrohte sie mit dem Tode. Dem Referenten gelang es, mit blutenden Wunden zu entkommen. Von den übrigen Berliner Genossen, die bis gestern abend noch nicht zurückgekehrt sind, fehlt jede Nachricht. Es ist zu befürchten, daß sie ermordet worden sind.

Heraus mit den 8000!

(Eig. Drahtb.) Hagen, 1. Dezember.

Die Gemeinderatssitzung in Bommern beschloß einstimmig ein Telegramm an die Reichsregierung zu senden, in welchem die Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen und die Einstellung aller noch schwebenden Verfahren gefordert wird.

*

Vor einiger Zeit brachten wir die gleiche Meldung von Buer, einer Industriestadt im Rheinland von über 100 000 Einwohnern. Diese Meldungen sollten auch für unsere Genossen, die in die einzelnen Gemeindevertretungen gewählt sind, ein Beispiel sein, daß das Gleiche erzielt wird wie in Buer und Bommern. Das ist in verschiedenen Orten des Bezirkes Halle-Merseburg durchaus möglich. Ans Werk, Genossen!

Wahlterror in Bonn

(Eig. Drahtm.) Bonn, 2. Dezember.

Eine Wahlversammlung der KPD. wurde sabotiert. Man behauptet, die Lichtleitung sei gestört. Man sperrte den Zugang zum Saal durch ein Polizeiaufgebot ab. Zwei Stunden sammelte sich eine gewaltige Menge und demonstrierte für die politischen Gefangenen und die Kommunistische Partei. Nachdem die Masse mit entblößten Köpfen die „Internationale" gesungen hatte, löste sich die Demonstration auf.

Massenkundgebungen in Neuß und München-Gladbach

(Eig. Drahtm.) Krefeld, 2. Dezember.

In Neuß und München-Gladbach fanden am Sonntag in überfüllten Sälen Massenkundgebungen für die Kommunistische Partei statt. Außer deutschen Referenten sprach in beiden Versammlungen der französische Genosse Mathieu. Er schilderte in seinen Ausführungen, wie die französische Regierung Herriot gar nichts anderes getan habe als in Deutschland die Ebert, Scheidemann und Noske. Er ging noch ein auf die Verhältnisse in den französischen und englischen Gewerkschaften und erklärte, daß es eine Notwendigkeit sei, zu einer einheitlichen revolutionären Gewerkschaftsbewegung zu kommen.

Zusammenstöße zwischen Kommunisten und „Reichsbanner"

(Eig. Drahtm.) Stuttgart, 2. Dezember.

Nach bürgerlichen Meldungen aus Stuttgart soll es in einer sozialdemokratischen Wahlversammlung in Gablonberg zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Reichsbannerleuten gekommen sein. Die marschierenden Reichsbannerleute seien von kommunistischen Trupps überfallen und gesprengt worden. Die Polizei habe Verhaftungen vorgenommen.

Kleine Nachrichten

Gilbert wieder in Berlin. Der Generalagent Gilbert ist wieder in Berlin eingetroffen und hat unter seinem Vorsitz das Transfer-Komitee zusammengerufen. Zur Verhandlung steht die Frage der 26prozentigen Ausfuhrabgabe.

Zaglul Pascha will Aegypten verlassen. Zaglul Pascha hat die Ausstellung eines Passes beantragt, um sich nach Europa zu begeben. Er beabsichtigt, sich einige Zeit in Frankreich und Italien aufzuhalten.

Japan will das Genfer Protokoll nicht ratifizieren. Das neue japanische Kabinett hat sich entschlossen, das Genfer Protokoll nicht zu ratifizieren, wenn Großbritannien es nicht gleichfalls ratifiziert.

Präsidentenantritt in Mexiko. Der Präsident General Plutarco Calles legte gestern den Eid ab und nimmt heute seine Tätigkeit auf.

Anerkennung der neuen chinesischen Regierung. Das ausländische diplomatische Korps in Peking hat dem neuen Ministerpräsidenten Tuantschifui offizielle Besuche abgestattet und die neue Regierung damit de facto anerkannt.

Die Bezahlung der englischen Lokomotivführer und Heizer geschieht nach einer Tagesleistung von 130 Meilen. Die Unternehmer wollen die Tagesleistung auf 150 Meilen (engl. Meilen) heraufsetzen. Der Gewerkschaftssekretär erklärte, daß dann ein allgemeiner Streik der Lokomotivführer einsetzen werde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241202-10/fragment/page=0002

Völlige Unterwerfung der ägyptischen Marionetten-Regierung

London, 1. Dezember.

Nach den letzten Meldungen aus Kairo hat die ägyptische Regierung auch den Rest der in der britischen Note vom 23. November enthaltenen Bedingungen angenommen. Die entsprechenden Dokumente sind gestern in Kairo ausgetauscht worden. Die britische Besatzung der Zollgebäude in Alexandrien werde sobald wie möglich zurückgezogen.

*

Die ägyptischen Nationalrevolutionäre gegen den Verrat der ägyptischen Regierung

Gegen die hündische Lakaienrolle der ägyptischen Regierung gegenüber den gefräßigen englischen Kolonialmethoden hat die ägyptische nationalrevolutionäre Partei folgenden flammenden Protest erlassen:

„Mit dem letzten Vergewaltigungsakt Englands im Niltal hat die englische Bestie ihre barbarische Geschichte um das schmachvollste Blatt vermehrt! Trotzdem der Sirdar, die englischen Beamten, der britische Kommissar in Aegypten und im Sudan durch unmenschliche Behandlung, Unterdrückung und Vergewaltigung der Einheimischen diese Atmosphäre des Hasses und der Rache heraufbeschworen haben, versucht die englische Regierung die Verantwortung dem ägyptischen Volk aufzubürden. Wenn Fuad (der von Englands Gnaden eingesetzte König Aegyptens) Zaghlul, der verrufene Verräter, und Zirdar (der bekannte englische Agent) Englands Forderungen annehmen, so kann dies für das Nilvolk nicht im geringsten bindend sein. Das Gewissen der Welt soll Zeuge sein, daß England und der imperialistische Räuberbund für die Folgen des Kampfes verantwortlich zu machen sind.

Wir haben genug vom Genfer Völkerbund, er ist nur als ein Werkzeug gedacht, die Welt zu täuschen und die Stimmen der Radikalen in Aegypten zum Schweigen zu bringen. Die radikalen Aegypter lehnen indessen jeden Schiedsspruch ab, so lange die englischen Besatzungen nicht aus Aegypten und dem Sudan zurückgezogen sind . . .

Der warme Dank der radikalen Gruppe des Niltals sei der Dritten Internationale gewidmet, die als einzige Weltorganisation offenkundig ihre Mißbilligung dem englischen Vorgehen erklärte, um sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Seite der Aegypter und Sudanesen zu stellen. Genossen aller Länder und Weltteile, auf zum Kampf gegen den englischen Imperialismus!

Die ägyptische nationalradikale Partei."

Belagerungszustand in Budapest

Budapest, 1. Dezember.

Im Horthy-Parlament kam es zu ungeheuerlichen Sturmszenen, als die Opposition den Ministerpräsidenten Bethlen beschuldigte, an großen Korruptionsaffären beteiligt gewesen zu sein. Die Regierung ließ elf Abgeordnete durch die Parlamentswache aus dem Sitzungssaal schleppen. Nach dem Parlamentsskandal wurde sofort die ganze Stadt von Polizei und Militär besetzt und der Belagerungszustand verhängt. Sämtliche Arbeiterversammlungen wurden verboten, die einberufenen Versammlungen aufgelöst. Patrouillen durchziehen die Stadt.

Lohnbewegung in der belgischen Metallindustrie

(Eig. Drahtm.) Brüssel, 2. Dezember.

Aus Charleroi wird berichtet, daß die Lage in den Metallwerken gespannt sei. Man rechnet mit der Möglichkeit eines Streikes von 50 000 Arbeitern. Die Unternehmer drohen die allgemeine Aussperrung an. Die Arbeiter fordern eine der gegenwärtigen Indexziffer entsprechende Lohnerhöhung.

Die Forderungen der österreichischen Bundesangestellten

(Eig. Drahtm.) Wien, 2. Dezember.

In Wien und ganz Oesterreich herrscht eine neue Teuerungswelle. Die Beamtenschaft fordert allgemeine Teuerungszulage in Höhe eines dreizehnten Monatsgehaltes. Die Technische Union, die Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten zusammenfaßt, hat ein befristetes Ultimatum beschlossen, in dem bei Nichterfüllung der Forderung der Streik angedroht wird. Der Generalpostdirektor hat bereits die Bewilligung des dreizehnten Monatsgehaltes für undenkbar erklärt.

*

Die neue „Sanierungs"-Regierung Ramek, die von der österreichischen Sozialdemokratie als ein Fortschritt gegen die Seipel-Regierung betrachtet wird, verfolgt noch klarer als ihre Vorgängerin die Losung: **alle Lasten, alle Opfer auf die Schultern der werktätigen Klasse.** Die KP. Oesterreichs ruft zum einheitlichen Kampf gegen diese brutale Ausbeuterregierung auf.

Die Kämpfe in Oesterreich zeigen, welche Zukunft auch die deutschen Beamten schon für die nächsten Monate droht. Sie müssen sich dagegen rüsten!

Die Teuerung steigt in Oesterreich weiter

Wien, 1. Dezember.

Vom 1. Dezember an wird in Wien die Straßenbahnfahrt von 1700 auf 2000 Kronen erhöht, der Portosatz für gewöhnliche Briefe in Oesterreich und nach Deutschland von 1000 auf 1500 Kronen, für Auslandsbriefe nach den Nachfolgestaaten von 2000 auf 3000 Kronen, nach Frankreich, England und dem übrigen Auslande von 3000 auf 4000 Kronen, alles Erhöhungen, deren Rückwirkung auf die Teuerung nicht ausbleiben kann. Hinzu kommt, daß auch der Milchpreis von 1. Dezember an auf durchschnittlich 5800 Kronen für das Liter erhöht wird.

Der Kampf der Arbeitslosen in Wien

Wien, 29. November.

Die Wiener Arbeitslosen nahmen in einer großen Versammlung Stellung zu ihrem Elend. Sie forderten Ausspeisung der Kinder der Arbeitslosen, freie Holzlieferungen und Straßenbahnfahrt, Arbeitslosenunterstützung auch für Jugendliche und Lehrlinge, Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten, Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung um 20 Prozent. Die Versammelten demonstrierten dann zum Parlament.

Die Antwort der Sowjetregierung auf die englischen Lügen

Wie von uns schon kurz gemeldet, überreichte Genosse Rakowsky der englischen Regierung zwei Antwortnoten, in denen u. a. erklärt wird:

Ich habe meine Regierung über Ihre Note vom 21. November unterrichtet, in der Sie es ablehnen, die von Macdonald und Ponsonby unterzeichneten allgemeinen Handelsverträge aufrechterhalten. Ich bin von der Sowjetregierung ermächtigt, mitzuteilen, daß die Sowjetregierung ihrerseits bei der Ausarbeitung der Grundlagen der Verständigung mit England, insbesondere was die Interessen der englischen arbeitenden Schichten, aber auch anderer Kreise Englands anbelangt, ein Höchstmaß des guten Willens und des Entgegenkommens an den Tag gelegt habe. Die Sowjetregierung lehnt deshalb für die Unzufriedenheit, die der neue Entschluß der englischen Regierung in beiden Ländern hervorrufen wird, jede Verantwortung ab."

In der zweiten Note wird darauf hingewiesen, daß Rakowsky schon am 27. Oktober im Auftrage der Sowjetunion Macdonald mitgeteilt habe, daß der Sinowjew-Brief eine absolute Fälschung sei und auch die mit der Untersuchung des Sinowjew-Briefes von der englischen Regierung eingesetzte Kommission festgestellt habe,

daß weder die Regierung noch irgendein Staatsorgan Englands das Original des Sinowjew-Briefes gesehen hat.

Die Sowjetregierung sei daher sehr überrascht, daß die jetzige Regierung Großbritanniens unbewiesene und unbestimmte Erklärungen abgebe und behaupte, daß das Dokument echt sei. Die Sowjetregierung bedauere, daß die britische Note vom 21. November einer direkten Antwort auf die Frage eines Schiedsgerichts ausweiche. Schließlich fordert die Note die unparteiische Entscheidung eines Schiedsgerichts und erklärt, daß die Ablehnung des Schiedsgerichtsverfahrens der öffentlichen Meinung aller Länder den Beweis liefern würde, daß

die englische Regierung die von ihr während des Wahlkampfes vorgebrachten Beschuldigungen gegen die Sowjetunion nicht beweisen kann.

Die Note schließt mit der Versicherung, daß die Sowjetregierung übernommene Verpflichtungen stets loyal ausführte und auch weiter ausführen wird.

Die estländische Henkerregierung mordet weiter

WTB. meldet über Helsingfors aus Reval, daß in Reval gestern die Kommunisten einen Aufstand gemacht hätten, aber nach blutigen Kämpfen niedergeschlagen worden seien. Dazu schreibt die „Rote Fahne": „Wir waren noch nicht in der Lage, den wahren Sachverhalt festzustellen, aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich um eine Protestdemonstration der estländischen Arbeiterschaft gegen die Revaler Henkersurteile. Die Soldateska hat offenbar diese Demonstration zum Anlaß genommen, unter der Arbeiterschaft ein Blutbad zu veranstalten."

Die Henker in Estland hofften, die Arbeiterschaft durch die bestialischen Bluturteile im Revaler Kommunistenprozeß vollkommen mundtot machen zu können. Da aber das Gegenteil eintrat, und sich nicht nur der Arbeiterschaft Estlands sondern den Revolutionären der ganzen Welt eine ungeheuere Erregung bemächtigte, erfindet die estländische Regierung eine „großangelegte Verschwörung" und hetzt die aufgepeitschte Soldateska gegen demonstrierende Arbeiter.

Die Ehrung der Arbeiterklasse für Jaurès

Brief aus Paris

Von Marcel Cachin

Während der bürgerliche Linksblock einschließlich der Sozialisten die Ueberreste Jean Jaurés nach dem Pantheon überführte, veranstalteten, gesondert von der amtlichen Feier, die vom gemeinsamen Aktionsausschusse der KPF., der CGTU., der Kommunistischen Jugend und der proletarischen Kriegsteilnehmer zusammenberufenen Proletarier von Paris eine gewaltige Kundgebung, an der sich um ein Vielfaches mehr Teilnehmer als an der amtlichen Feier beteiligten. **Mehr als 200 000 Proletarier nahmen an dieser gewaltigen Kundgebung teil.**

Es fehlt an Worten, um die Macht und die Feierlichkeit dieses proletarischen Tages zum Ausdruck zu bringen.

Jetzt werden es wohl alle Genossen begreifen, warum ihnen die Bourgeoisie hartnäckig das elementarste Recht auf Kundgebungen auf der Straße verweigert hat. Die Demokratie könnte die Wiederkehr derartiger Erfahrungen nicht dulden.

Eine ungeheure Menge, die sich von dem verhaßten Pomp und dem Regierungsapparat abgewandt hatte, folgte den Fahnen und den Losungen der revolutionären Organisationen. Jeder konnte unvoreingenommenen Vergleichen nachgehen und an der Dichte der beiden Züge die Tragweite und die Kraft der Sympathien des Proletariats von Paris ermessen.

Die von den Sozialisten unterstützte Regierung der Radikalen wollte sich am Sarge Jaurés eine verdächtige politische Mache leisten. Die Arbeiter von Paris haben diesem üblen Abkaperungsversuche, diesem Handanlegen an ein Gedenken, das ihnen allein zusteht, gegenüber ihr Empfinden in energischer Weise Ausdruck verliehen. Das einzige Pantheon, das ihrer Ansicht nach Jaurès gewünscht hätte, ist das Herz der Arbeiter selbst, denen er bis zur höchsten Aufopferung gedient hat.

Und dann muß es allen schändlichen Pharisäern der Demokratie und des Sozialismus, die ihr Leben mit dem Beschimpfen der russischen Revolution verbringen, gesagt werden: **Die Menge hat bei ihrer Kundgebung mit der ganzen Wärme ihres Herzens den gemeuchelten Jaurès und die Sowjetrepublik, die jetzt mehr denn je für sie das Beispiel, das Vorbild und das Endziel ihrer Aktion verbleibt, miteinander vereinigt.**

Welch eine bemerkenswerte Sicherheit des Instinkts und des Denkens bei den leidenden und nach Taten und Idealen dürstenden Proletariern! Sie wissen ohne Zweifel, daß es zwischen der Ideologie Jaurès und jener des Bolschewismus nicht an ernsten Gegensätzen mangelt. Aber sie wissen auch, daß Jaurès ein viel zu hochragendes Herz und einen viel zu offenen Verstand hatte, als daß er sich, wenn er es erlebt hätte, nicht der großen Menschheitsbewegung hingegeben hätte, mit der Rußland die Welt hinter sich herzieht.

Der Tag der Kundgebung war wahrlich ein durch und durch revolutionärer Tag. Er stellte eine strenge Verurteilung des diskreditierten und kompromittierten falschen Sozialismus dar, der das Vertrauen der Besten des Proletariats endgültig verloren hat. Es war ein Triumphzug des Kommunismus, der viele Stunden lang von Hunderttausenden von Menschen freudig begrüßt wurde, die ihm in der ergreifendsten Weise ihr Vertrauen und ihre Sympathie bezeugt haben.

Die KP. der Tschechoslowakei an die KPD.

Prag, 30. November.

Der Vollzugsausschuß der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei richtet an die KPD. und an die deutsche Arbeiterklasse einen Aufruf, in dem es heißt:

„Mit größter Aufmerksamkeit verfolgen wir Euren bedeutsamen Kampf, den Ihr mit bewundernswerter Energie und Aufopferung gegen alle Hindernisse und Schwierigkeiten führt. Die Verfolgungen, denen Ihr ausgesetzt seid, sind beispiellos in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Eine fest geschlossene Front von Scheidemann bis Lubendorff, alle Feinde der sozialen Revolution und des revolutionären Proletariats führen mit allen Mitteln, die ihnen der bürgerliche kapitalistische Staat in die Hand gibt, den Kampf gegen die Kommunistische Partei, in der sie ihren einzigen ernsten und gefährlichen Gegner erblicken, indem die deutsche Bourgeoisie, von ihren sozialistischen Knechten in hundemäßiger Treue unterstützt, Tausende von kommunistischen Vertrauensmännern in den Kerker wirft, um so die Aktionsfähigkeit der Partei zu schwächen und durch die maßlosen, niederträchtigen Verfolgungsakte verhindert, Wahlversammlungen abzuhalten.

Wir stehen treu zur Seite der deutschen Arbeiterklasse und der KPD., mit der wir gemeinsam den Kampf gegen die Ausbeutung organisieren und durchführen."

Es lebe die deutsche Arbeiterklasse!

Es lebe die KPD.

Der Rote Stern

38 Ein utopischer Roman von A. Bogdanow

Aus dem Russischen übersetzt von H. zur Mühlen

(Nachdruck verboten.)

Die Zeit der Umwälzung ist demnach nicht zu bestimmen, und es hängt nicht von uns ab, sie früher herbeizuführen. Jedenfalls können wir nicht so lange warten. Im Verlauf von dreißig Jahren zeigt sich bei uns eine Vermehrung der Einwohner um fünfzehn bis zwanzig Millionen, die sich in jedem folgenden Jahr auf zwanzig bis fünfundzwanzig Millionen steigern wird. Es gilt daher, schon früher die Kolonisation zu organisieren, denn sonst werden uns die Kräfte und Mittel hierzu mangeln und wir werden unser Unternehmen nicht im richtigen Maßstab durchführen können.

Uebrigens ist es auch äußerst ungewiß, ob wir uns mit den sozialistischen Staaten der Erde, falls sich solche unerwartet bilden sollten, zu verständigen vermögen. Wie bereits gesagt: ihr Sozialismus ist noch lange nicht unser Sozialismus.

Die Jahrhunderte nationaler Unterdrückung, verstärkt durch die für uns unbegreiflich rohen und blutigen Kriege, können nicht spurlos vorübergehen, — sie werden ihre psychologischen Spuren hinterlassen. Und wir wissen bei den Erdbewohnern auf lange Zeit hinterlassen. Und wir wissen bei den Erdbewohnern auf lange Zeit hinterlassen. Und wir wissen gar nicht, wie viel Barbarei und Wildheit die Erdensozialisten mit sich in die neue Gesellschaft hinübernehmen werden.

Wir haben vor Augen ein Beispiel, das uns klar ersichtlich beweist, wie fern selbst die Psychologie des besten Vertreters der Erdenmenschen der unseren steht. Von unserer letzten Expedition brachten wir einen Erdensozialisten mit, einen Mann, der sich in seiner Umgebung durch Geistesstraft und körperliche Gesundheit auszeichnete. Und was ereignete sich? Unser ganzes Leben erschien ihm dermaßen fremd, stand so sehr im Widerspruch zu seinem Organismus, daß er in kürzester Zeit von einer schweren psychischen Krankheit befallen wurde.

Dies ereignete sich bei einem der Besten, den Menni selbst ausgewählt hatte; was können wir da von den übrigen erwarten.

Derart geraten wir in ein Dilemma: entweder wir müssen auf unserem Planeten die Vermehrung beschränken, was mit einer Schwächung unserer ganzen Lebensentwicklung gleichbedeutend wäre, oder aber wir müssen die Erde kolonisieren, was die Ausrottung der ganzen Erdenmenschheit bedingt.

Ich rede von der Ausrottung der ganzen Erdenmenschheit, weil wir auch bei deren sozialistischen Avantgarde keine Ausnahmen gelten lassen dürfen. Wir verfügen ja auch nicht über die technische Möglichkeit, diese Avantgarde aus der übrigen Masse auszuscheiden, deren unbedeutenden Teil sie darstellt. Aber selbst, wenn es uns gelänge, die Sozialisten zu schonen, so würden diese gegen uns einen unerbittlich grausamen Krieg beginnen, sich selbst zur völligen Vernichtung aufopfern, weil sie sich niemals mit dem Töten von hundert Millionen Menschen abfinden könnten, die ihnen gleichen, und die mit ihnen durch viele, häufig äußerst enge seelendige Bande verknüpft waren. Beim Zusammenprall der beiden Welten gibt es kein Kompromiß.

Wir müssen die Wahl treffen. Und ich sage: wir haben bloß eine Wahl.

Das höhere Leben darf nicht dem niederen geopfert werden. Unter den Erdenmenschen gibt es kaum etliche Millionen, die bewußte Stufen zu dem wahrhaft menschlichen Leben sind. Um dieser Zellenwesen willen dürfen wir nicht auf die Geburt von zehn, ja vielleicht von hundert Millionen Wesen unserer Welt verzichten, — Wesen, die in unvergleichlich höherem Sinn des Wortes Menschen sind. Unser Vorgehen wird keineswegs grausam sein, denn wir vermögen die Ausrottung der Erdenmenschen auf eine weit weniger schmerzliche Art zu bewerkstelligen, als sie dies untereinander zu tun gewohnt sind.

Das Weltenleben ist einheitlich. Es bedeutet daher keinen Verlust, wenn sich auf der Erde an Stelle des noch fernen, halb barbarischen Sozialismus schon heute unser Sozialismus verwirklicht, das unvergleichlich harmonische Leben mit seiner ununterbrochenen, unbesieglichen Entwicklung."

(Sternis Rede folgte tiefe Stille. Schließlich wurde sie von Menni durchbrochen, der Anhänger einer anderen Ansicht aufforderte, sich zu äußern. Netti ergriff das Wort.)

VIII.

Netti.

Das Weltenleben ist einheitlich, sprach Sterni. Und was schlug er uns vor?

Einen einzigartigen Typus dieses Lebens auf ewig zu vernichten, auszurotten, einen Typus, den wir niemals wiederbeleben noch ersetzen können.

Hundert Millionen Jahre lebte der schöne Planet, lebte sein besonderes Leben, war anders als die übrigen... Aus den mächtigen Elementen ging das Bewußtsein hervor, erhob sich in grausamen und hartem Kampf von den niedersten Stufen zu den höchsten, bis zu der uns nahen, verwandten menschlichen Form. Diese Form ist nicht die gleiche wie die unsere, wurde beeinflußt von der Geschichte einer anderen Natur, eines anderen Kampfes; sie bringt in sich andere Gewalten, andere Widersprüche, andere Entwicklungsmöglichkeiten. Nun brach die Epoche an, da sich die Möglichkeit einer Vereinigung der beiden großen Lebenslinien ergibt. Welche Mannigfaltigkeit, welche erhabene Harmonie könnte sich aus dieser Vereinigung entfalten! Und nun wird uns gesagt: das Weltenleben ist einheitlich, deshalb sollen wir es nicht vereinigen, — sondern zerstören.

Als Sterni bewies, wie sehr sich die Erdenmenschen, deren Geschichte und Sitten sowie deren Psychologie von der unseren unterscheiden, widerlegte er selbst seine Ideen weit mehr, als ich dies zu tun vermag. Gleichen die Erdenmenschen uns in allem, ausgenommen in ihrer Entwicklungsstufe, wären sie das, was unsere Vorfahren zur Zeit unseres Kapitalismus gewesen sind, dann könnte ich Sterni zustimmen: die niederen Stufen müssen den höheren, die Schwachen den Starken geopfert werden. Aber die Erdenmenschen sind etwas anderes; sie sind nicht nur von niedrigerer Kultur und schwächer als wir, sie sind auch anders als wir. Wollten wir sie beseitigen, so würden wir sie nicht in der Entwicklung der Welt ersetzen, sondern bloß auf mechanische Art jene Leere ausfüllen, die wir in der herrschenden Form des Lebens verwischt hätten.

Der grundlegende Unterschied zwischen den Erdenmenschen und uns liegt nicht in der grausamen und barbarischen Kultur der Erde. Barbarei und Grausamkeit sind nur vorübergehende Erscheinungen jener allgemeinen Verschwendung im Entwicklungsprozeß, durch die sich das ganze Erdenleben kennzeichnet. Dort erscheint der Kampf ums Dasein energischer und mühevoller, das Ringen mit der Natur nimmt vielartige Formen an und die Entwicklung fordert weit mehr Opfer. Und dies kann auch gar nicht anders sein; denn die Erde erhält vom Quell alles Lebens, der Sonne, achtmal mehr Lichtenergien als unser Planet. Deshalb entwickeln sich dort so viele Leben, eine so große Verschiedenheit der Formen, aus denen sich gewaltige Widersprüche ergeben, so viele schmerzliche Hemmungen, deren Schlichtung gar oft scheitert. Im Pflanzen- und Tierreich herrschte erbitterter Kampf, das Leben und der Tod dieser Arten aber ergaben neue, vollendetere und harmonischere, synthetische Typen. Dies ist auch im Reich der Menschen der Fall.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241202-10/fragment/page=0003

Ab Donnerstag, den 4. Dez.:
Der Gipfel alles bisher Gebotenen!

Keine Film-Vorführungen
sondern:
3683

Die große Revue
Die Welt im Spiegel

Große Ausstattungs-Revue in 25 Bildern
Gesamt-Gastspiel
des Hamburger Operettenhauses

150 Mitwirkende

Kartenvorverkauf täglich ab 10 Uhr
vormittags an der Theaterkasse
— Sämtliche Plätze sind numeriert —

C.-T. Riebeckplatz

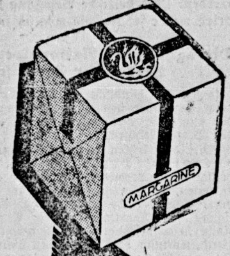
Dies Buch soll jeder Arbeiter lesen!
Wilhelm Herzog
Im Zwischendeck nach Südamerika
Geheftet 1,20 Mk. Halbleinen 2,40 Mk
Malik Verlag / Wien
Zu beziehen durch die
Produktiv-Genossenschaft f. d. Bez. Halle-Merseburg

Weißenfels **Astoria** Weißenfels
Im 11 aktigen Doppelprogramm bringen wir ab heute, Dienstag, bis Donnerstag den Marcella-Albani-Groß-Film:
Mutter, verzage nicht
Ein Seitenstück zu dem seinerzeit mit großem Beifall aufgenommenen Film „Mutter"
Der Leidensweg einer vom Schicksal schwergeprüften jungen Mutter. 6 erschütternde Akte 6 erschütternde Akte
Außerdem: Ein Abenteurer-Roman 1239
Das Recht auf Sünde
Die Geschichte einer Ehe in 5 spannenden Akten
Kassenöffnung 6½ Uhr. Kassenöffnung 6½ Uhr.

Das hätte ich eher wissen sollen!

Jetzt erspare ich M. 1,50 an jedem Pfund, wofür ich bisher M. 2,50 bezahlte, und zwar durch Verwendung der Feinkostmargarine „Schwan im Blauband". Wenn Sie ebenfalls einen Versuch machen, so werden Sie sich fragen: Warum habe ich nicht schon eher „Schwan im Blauband" verwendet? Das feine Aroma beim Brotaufstrich und die vorzüglichen Eigenschaften beim Ausbraten verdankt „Schwan im Blauband" dem unvergleichlichen Kirnverfahren, nach welchem sie hergestellt ist.

Das Halbpfund-Paket 50 Pf.



Schwan im Blauband frisch gekirnt

*884

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg. Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 107 001 Artur Sämisch Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsgruppe Halle

Achtung, Distriktsführer! Heute abend 6 Uhr: **Wahlflugblätter abholen.**
Distriktsversammlungen Donnerstag, 4. Dez., abds 8 Uhr, in allen Distriktslokalen.
Distrikt 2. Donnerstag abend 8 Uhr in der „Schützei", Kl. Ulrichstr. 37: **Distriktsvers.**
Distrikt 7. Freitag, 5. Dez., abends ½8 Uhr, in der „Terrasse": **Versammlung.**
Distrikt 8. Donnerstag, 4. Dez., 8 Uhr, in der „Produktiv": **Distriktsversammlung.**
Distrikt 13a Donnerstag, 4. Dez., im „Turnerschlößchen": **Distriktsversammlung.**
Oppositionelle Mitglieder des ZdA. Dienstag, 2. Dezember, abends 8 Uhr, findet in der „Produktiv-Genossenschaft" eine wichtige Besprechung statt. Kein Mitglied der Opposition darf fehlen.

Mansfelder Gebirgskreis

Ermsleben. Oeffentl. Wählerversamml. Dienstag, 2. Dez., 8 Uhr, „Goldenen Ring".
Molmeck. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., 8 Uhr, Lokal Kalbe.
Welbsleben. Oeffentliche Wählerversammlung Donnerstag, 4. Dez., 8 Uhr, Gasthof.

Mansfelder Seekreis

Heiligenthal. Oeffentl. Wählerversamml. Mittwoch, 3. Dez., 8 Uhr, Lokal Richter.
Unterrißdorf. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Teutschenthal. Oeffentl. Wählerversamml. Donnerstag, 4. Dez., 8 Uhr, „Würdenhof".

Kreis Sangerhausen

Gottershausen-Rienstedt. Oeffentl. Wählerversl. Dienstag, 2. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Brettleben. Oeffentliche Wählerversammlung Dienstag, 2. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Mittelhausen. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Winkel. Oeffentliche Wählerversammlung Donnerstag, 4. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Oberheldrungen. Oeffentl. Wählerversamml Donnerstag, 4. Dez., 8 Uhr, Gasthof.

Kreis Merseburg

Schkeuditz. Oeffentliche Frauen-Wählerversammlung Dienstag, 2. Dez., abends 8 Uhr, Bahnhofsrestaurant.
Wallendorf. Oeffentliche Wählerversammlung Dienstag, 2. Dez., 8 Uhr, „Anker".
Bischdorf. Oeffentliche Wählerversammlung Dienstag, 2. Dez., 8 Uhr, bei Weber.
Niederclobikau. Oeffentl. Wählerversl. Dienstag, 2. Dez., 8 Uhr, Gasthof Reinsdorf.
Wenzelsdorf. Oeffentliche Wählerversammlung Dienstag, 2. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Neumark. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., 8 Uhr, Schumann.
Horburg. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Burgliebenau. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Groß-Corbetha. Oeffentl. Wählerversamml. Mittwoch, 3. Dez., 8 Uhr, „Saaletal".
Teuditz. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., abds 8 Uhr, Gasthof.
Groß-Kayna. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., abends 8 Uhr.
Kunstedt. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Merseburg. Oeffentliche Wählerversammlung, verbunden mit Internationaler Kundgebung, am Mittwoch, 3. Dez., abends 8 Uhr, in der „Funkenburg".
Kötzschen-Beuna. Oeffentl. Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., 8 Uhr, Zätzsch.
Querfurt. Oeffentl. Frauen-Wählerversl. Mittwoch, 3. Dez., 8 Uhr, „Zur Sonne".
Papitz. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., abends 8 Uhr, in Modelwitz, Lokal Kohl.

Kreis Delitzsch

Hohenprießnitz. Oeffentliche Wählerversammlung Dienstag, 2. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Reibitz. Oeffentliche Wählerversammlung Dienstag, 2. Dez., abends 8 Uhr, Gasthof.
Laue. Oeffentliche Wählerversammlung Dienstag, 2. Dez., abends 8 Uhr, Gasthof.
Selben. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., abds. 8 Uhr, Gasthof.
Schladitz. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., abds. 8 Uhr, Gasthof.
Zwochau. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., abds. 8 Uhr, Gasthof.
Wiesena. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Krippehna. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Eilenburg-Ost. Oeffentl. Wählerversl. Mittwoch, 3. Dez., 8 Uhr, „Muldenthal".
Eilenburg. Oeffentl. Wählerversamml. Donnerstag, 4. Dez., 8 Uhr, „Schützenhaus".
Döbernitz. Oeffentliche Wählerversammlung Donnerstag, 4. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Lemsel. Oeffentliche Wählerversammlung Donnerstag, 4. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Rödgen. Oeffentliche Wählerversammlung Donnerstag, 4. Dez., 8 Uhr, Gasthof.

Kreis Bitterfeld

Roitzsch. Oeffentliche Wählerversammlung Dienstag, 2. Dez., abends 8 Uhr, Gasthof.
Salzfurt. Oeffentliche Wählerversammlung Dienstag, 2. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Brehna. Oeffentliche Wählerversammlung Dienstag, 2. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Friedersdorf. Oeffentliche Wählerversammlung Dienstag, 2. Dez., 8 Uhr, „Erholung".
Pouch. Oeffentliche Wählerversammlung Dienstag, 2. Dez., abends 8 Uhr, Gasthof.

Kreis Weißenfels

Wählitz. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., 8 Uhr, Lokal Fuchs.
Rippach. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., abds. 8 Uhr, Gasthof.
Ramsin. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., abds. 8 Uhr, Gasthof.
Holzweißig. Oeffentl. Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., 8 Uhr, Lokal Häser.
Düben. Oeffentl. Wählerversamml. Donnerstag, 4. Dez., 8 Uhr, „Schützenhaus".
Wolfen. Oeffentliche Wählerversammlung Donnerstag, 4. Dez., 8 Uhr, Lokal Webe.
Sandersdorf. Oeffentl. Wählerversl. Donnerstag, 4. Dez., 8 Uhr, „Preußischen Hof".
Schlaitz. Oeffentliche Wählerversammlung Donnerstag, 4. Dez., 8 Uhr, Gasthof.

Billige Spielwaren!
in großer Auswahl

Musikkreisel m. sch. Choral	v. 85 ₰ an	Musikdosen	40, 30, 15 ₰
Teddybären m. Stimme	v. 2,25 an	Pferdeställe	3,50, 1,95
Tiere, groß	2,50, 1,95	Gesellschaftsspiel „Mensch ärgere dich nicht"	95 ₰
Auto mit Garage	14	Dame- u. Mühlespiel, aus starkem Holz	95, 60 ₰
Puppenwagen b. bem.	v. 35 ₰ an	Schaukelpferd in stark. Ausführung	von 4,85 an
Laterna magica	1,85, 1,25	Kochmaschinen	1,35, 75, 35 ₰
Puppen-Kaffeeservice, Porz.	85, 50 ₰	Puppenschaukel, w. lack.	1,35, 75 ₰
Stallwaren mit Pferd	40, 35, 25 ₰	Kaufladen, Wiegewagen	1,10, 85, 40 ₰
Auto zum Aufziehen, mit gutem Werk	von 40 ₰ an	Puppenwagen, in schöner Ausführung	von 9,85 an
Puppenmöbel i. Kart.	75, 65, 40 ₰	Charakterpuppe, Sitzbaby, groß	von 2,25 an
Holzbaukasten	1,10, 65, 35, 25 ₰	Eisenbahnen mit gutem Uhrwerk	von 1,25 an
Gesellschaftsspiele für Groß und Klein	95, 45 ₰	Dampfmaschinen	4,95, 3,50, 2,95
Laufpuppe, 52 cm groß, mit Mama-Stimme	3,95		
Werkzeugkasten	95, 85, 40 ₰		
Gelenkpuppe, 60 cm groß	4,85		

Jobel Große Ulrichstraße 9, Reilstraße 1, Steinweg 45, Ammendorf, Regensburger Straße 3677

Beachten Sie bitte meine billigen Spielwaren-Fenster!

Stadt-Theater
Mittwoch, 7½ Uhr:
Der Zigeunerbaron
Donnerstag, 7½ U.
„Medea"

Strickwolle
75 Pf. 125
Geminder, Bernburgerstr. 16

Jugendschriften
empfiehlt die
Volksbuchhandlg

Nähmaschinen 76
auf Wunsch Teilzahlung
Karl Möller
Schmeerstr. 1

Weißenfels 1238
Am Saalestrand
Heute
Schlachtefest
Emil Illig.

Lichtspiel-Theater Wittenberg
Das Riesenprogramm für Dienstag bis Donnerstag:
Als Einlage: Der Stadtfilm
In der Nacht, in der Nacht
Schwank in 3 Akten mit Arnold Rieck †
Horrido!
Prächtiger Jagdfilm in 5 Akten. Ein Spiel von Jagd und Liebe, etwas für jeden Jagdfreund 360

Lichtspiele Piesteritz
Die große Sensation
für Dienstag bis Donnerstag
welche jeder sehen muß!
Im Zeppelin über den Atlantic
I., II. u. III. Teil in einem Programm
Anfang 6 und 8 Uhr 361
Mittwoch, nachmittags 3 Uhr:
Kindervorstellung
Eintritt 30 Pf. Erwachsene 2. Platz 60, 1. Platz 90 Pf., Rang 1,30 Mk.

Achtung! Achtung!
Sämtl. Schuhe zum Besohlen und Ausbessern sowie Maßarbeit werden prompt und billig ausgeführt
Damensohlen mit Gummi 3,75
Herrensohlen mit Gummi 4,00
Sohlen mit Eisenbeschlag 4,25
Hermann Benschmarodski 1240
Schuhmacher
Lützen, Wilhelmstraße 2

Werbt f. d. Klassenkampf

Kreis Zeitz

Crossen. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., 8 Uhr, „Goldene Ecke".
Zeitz. Oeffentliche Frauen-Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., abends 8 Uhr, im „Dianasaal", verbunden mit Internationaler Kundgebung.
Zeitz. Oeffentliche Wählerversammlung Donnerstag, 4. Dez., 8 Uhr, „Reichshalle".

Kreis Wittenberg

Wittenberg. Oeffentl. Wählerversammlung Dienstag, 2. Dez., 8 Uhr, Lokal Muth.
Kleinwittenberg. Oeffentl. Wählerversl. Dienstag, 2. Dez., 8 Uhr, „Schützenhaus".
Marzahna. Oeffentliche Wählerversammlung Dienstag, 2. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Wüstemark. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Dobien. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Euper. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., abds. 8 Uhr, Gasthof.
Friedrichstadt. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Kropstädt. Oeffentliche Wählerversammlung Donnerstag, 4. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Bietegast. Oeffentliche Wählerversammlung Donnerstag, 4. Dez., 8 Uhr, Gasthof.

Kreis Torgau

Torgau. Oeffentliche Wählerversammlung Dienstag, 2. Dez., abends 8 Uhr.
Reiden. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., abds. 8 Uhr, Gasthof.
Loßwig. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., abds. 8 Uhr, Gasthof.
Weßnig. Oeffentliche Wählerversammlung Donnerstag, 4. Dez., 8 Uhr, Gasthof.

Kreis Naumburg

Naumburg. Oeffentl. Wählerversammlung Dienstag, 2. Dez., 8 Uhr, „Ratskeller".
Wethau. Oeffentl. Wählerversamml. Mittwoch, 3. Dez., 8 Uhr, „Deutschen Haus".
Mertendorf. Oeffentliche Wählerversammlung Donnerstag, 4. Dez., 8 Uhr, Zausch.
Freiburg. Oeffentl. Wählerversamml. Donnerstag, 4. Dez., 8 Uhr, „Schützenhaus".
Roßleben. Oeffentliche Wählerversammlung Donnerstag, 4. Dez., 8 Uhr, „Hirsch".

Kreis Liebenwerda

Elsterwerda. Oeffentl. Wählerversl. Dienstag, 2. Dez., 8 Uhr, „Gesellschaftshaus".
Langennaundorf. Oeffentl. Wählerversammlung Dienstag, 2. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Wildgrube. Oeffentliche Wählerversammlung Dienstag, 2. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Maasdorf. Oeffentliche Wählerversammlung Dienstag, 2. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Ortrand. Oeffentliche Wählerversamml. Mittwoch, 3. Dez., 8 Uhr, „Stadt Berlin".
Domsdorf. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Drasdo. Oeffentliche Wählerversammlung Mittwoch, 3. Dez., abds. 8 Uhr, Gasthof.
Plessa. Oeffentliche Wählerversammlung Donnerstag, 4. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Burxdorf. Oeffentliche Wählerversammlung Donnerstag, 4. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Bönitz. Oeffentliche Wählerversammlung Donnerstag, 4. Dez., abds. 8 Uhr, Gasthof.
Zinsdorf. Oeffentliche Wählerversammlung Donnerstag, 4. Dez., 8 Uhr, Gasthof.
Falkenberg. Oeffentl. Wählerversl. Donnerstag, 4. Dez., 8 Uhr, „Gesellschaftshaus".

Bekanntmachung

Empfänger, die vom 1. Januar 1925 ab die bei der Eilgut- und Güterabfertigung der Reichsbahn-Gesellschaft in Halle (Saale) eingegangenen Eil- und Frachtstückgüter selbst abholen oder sich anderer als der bahnamtlichen Rollfuhrunternehmer bedienen wollen, müssen darüber eine Erklärung oder Vollmacht bis zum 20. Dezember 1924 bei den genannten Abfertigungen hinterlegen. Die im Dezember abgegebenen Erklärungen gelten auch noch für das Jahr 1925, wenn sie nicht bis zum 20. Dezember 1924 durch andere Erklärungen ersetzt werden. Die neu hinterlegten Erklärungen gelten für zwei Kalenderjahre. Nähere Auskunft erteilen die hiesige Güter- und Eilgutabfertigung. *385

Halle (Saale) im Dezember 1924.

Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft
Vorstand des Eisenbahn-Verkehrsamtes Halle (Saale)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241202-10/fragment/page=0004

Der sozialdemokratische Spitzelkandidat

Neßlers Spitzeltätigkeit

Reichswehr- und Unternehmeragent

Von besonderer Seite erhalten wir folgende Schilderung über den Umfang der Gaunereien und Spitzelarbeit, die der Spitzel Willi Neßler, Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Ortsgruppe Bodwitz, und jetziger Reichstagskandidat der SPD., an seinen eigenen Parteigenossen verübt hat:

Willi Neßler, damals sozialdemokratischer Parteisekretär in Neuhaldensleben, wurde der Nachrichtenzentrale der Reichswehrbrigade 4 durch den Gesellen Mertens, zur Zeit Pionierbataillon Magdeburg, wohnhaft und ansässig in Neuhaldensleben, zugeführt. Neßler arbeitete nunmehr für das Nachrichtenbureau der Reichswehrbrigade. Er lieferte Berichte über Versammlungen und Funktionärsitzungen der SPD. und „Stimmungsberichte" aus den Betrieben. Neßler erhielt dafür (neben seinem Gehalt als Parteisekretär!) die monatliche Bestechungssumme von 280 Mark.

Einige Zeit später trat er zur „Allgemeinen Wirtschaftshilfe", wie sich damals die von den heutigen völkischen Faszisten geleitete antibolschewistische Liga nannte, über. Deren Bureau befand sich in der Kaiserstraße. Leiter der Wirtschaftshilfe und der antibolschewistischen Liga waren Hauptmann Hoghennhausen und Student Stoltze-Waldorf. Neßler lieferte aller drei Tage einen Bericht und bekam mpro Woche 80 Mk. Für besondere Berichte bekam er mehr.

Auch mit der Altmannschen Spitzelzentrale Magdeburg (siehe „Volksblatt" nebenan) trat der Ehrenmann Neßler in Verbindung. Am 11. Februar 1920 lieferte er einen Bericht über eine Funktionärsitzung für Altmann, und bekam dafür 200 Mk. Später überwarf er sich mit Altmann.

Zum Schluß lieferte Neßler, der jetzt hemmungslos seine Kenntnisse über die Arbeiterbewegung verkaufte, Berichte für den Kommissar Nickel, die durch den Kriminalbeamten Klebe überbracht wurden. Neßler bespitzelte die „Roten Hunderschaften", teilte Streikbeschlüsse mit und bekam von der Polizei pro Bericht 20 Mark.

Zusammenfassend muß also festgestellt werden, daß Neßler selber für die Wirtschaftshilfe, für die Antibolschewistische Liga, für die Reichswehr und zuletzt für die bürgerliche „Magdeburgische Zeitung" Berichte aus der Arbeiterbewegung geliefert hat, die von diesen reaktionären Herrn dann als Spitzelmaterial durch die ganze deutsche bürgerliche Presse gingen. Diese Tätigkeit war für Neßler sehr lohnend, seine Einnahmen betrugen zeitweise monatlich über 1000 Mark.

Er brachte auch andere „Parteigenossen" mit diesen reaktionären Spitzelzentralen in Verbindung und erhielt für jeden noch eine besondere Entschädigungssumme. So brachte er den Redakteur Saupe (Eisleben), Robert Meier (Magdeburg), Kein (Klugsdorf im Mansf.) und Schmidt (Magdeburg). Ein Teil dieser Leute wurde später durch die Altmannsche Spitzelzentrale übernommen, während Saupe und Kein eng mit Neßler zusammen arbeiteten. Diese Leute schickten Neßler die Spitzelberichte, welcher sie weiterleitete.

Als dann die ganzen Machenschaften aufgedeckt wurden, erhielt er ein Tage vorher vom Kommissar Nickel (zur Zeit Hannover) telegraphisch Bescheid und ging in „Urlaub", so daß er nicht verhört wurde. Er kam erst wieder zurück, als die ganze Sache niedergeschlagen war. Von Dr. Loß (Krupprwerk), erhielt er, als die ganze Schweinerei schon aufgedeckt war, eine Abfindung von 4000 Mark.

★

Wir haben vor einigen Tagen die Dokumente aus der Sozialdemokratischen Partei und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband abgedruckt, aus denen bereits die Spitzeltätigkeit des heutigen sozialdemokratischen Reichstagskandidaten Neßler zweifellos hervorging. Obige Mitteilungen runden das Bild dieses bestochenen Agenten reaktionärer Organisationen noch ab. Sie geben den ungeheuerlichen Umfang der Spitzeltätigkeit Neßlers wieder und zeigen, wie skrupellos dieser Geselle seine Kenntnisse, die er als sozialdemokratischer Parteisekretär über die Arbeiterbewegung erwarb, in den Dienst der reaktionären Hetzzentralen stellte. Natürlich gegen guten Verdienst! In den Jahren, in denen hunderttausende deutscher Arbeiter erwerbslos auf der Straße lagen, verdiente der sozialdemokratische Reichstagskandidat Neßler neben seinem hohen Parteisekretärgehalt noch ein nettes Sümmchen durch seine Spitzelarbeit.

Wie berechtigt unsere Vorwürfe sind, geht aus dem Abdruck hervor, den wir nebenstehend aus dem „Volksblatt" selber veranstalten. Das Blatt, das heute Neßler als Reichstagskandidaten der SPD. preist und in jeder seiner Spalten zur Wahl Neßlers auffordert, nannte ihn noch vor kurzer Zeit einen „unsauberen Gesellen", der seine „unsaubere Tätigkeit" innerhalb der Sozialdemokratischen Partei entfaltet habe.

Gestern noch bestochener Lump und Unternehmerspitzel, heute schon vielgepriesener Reichstagskandidat — wahrlich, das „Volksblättchen" ändert seine Ansichten sehr schnell. Aber eins ist noch interessant: wir haben am Sonnabend in großer Aufmachung unsere Vorwürfe gegen Neßler erhoben. In seiner Montag-Nummer (also zwei Tage später) geht das „Volksblatt" auf unsere Vorwürfe mit keinem Worte ein. Keine Antwort ist auch eine Antwort! Und so stellen wir dann fest, daß das „Volksblatt" durch sein Stillschweigen die Richtigkeit unserer Vorwürfe vollauf bestätigt.

Brauchen wir diesen Feststellungen noch etwas hinzuzusetzen? Brauchen wir die Arbeiter Mitteldeutschlands noch aufzufordern, der Liste des Spitzels Neßler den Fußtritt zu geben? Brauchen wir die sozialdemokratischen Arbeiter noch zu ermahnen, ihrer Partei — in der noch den nebenstehenden Angaben des „Volksblattes" sich eine Reihe führender Funktionäre als Spitzel betätigten — den Rücken zu kehren? Brauchen wir die Gewerkschaftsmitglieder noch aufzurufen, in ihren Organisationen mit Burschen vom Schlage dieses Neßler — der auch im Ausschlußverfahren gegen unseren Genossen Höcker mitgewirkt hat — abzurechnen?

Wir glauben, daß das nach unseren Enthüllungen überflüssig ist. Wir sind überzeugt, daß die mitteldeutsche Arbeiterschaft jetzt weiß, wie sie sich gegenüber den Neßler und Konsorten zu verhalten hat. Das wird sie am 7. Dezember beweisen durch ein

Hunderttausendfaches Bekenntnis zum Kommunismus!

Einzelpreis 30 Pf. — Halle, Donnerstag, den 12. August 1920. — 31. Jahrgang • Nr. 187

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg

Entlarvt!

Die Magdeburger Spitzelkloake

Endlich ist es uns gelungen, einen beträchtlichen Teil der Spitzelzunft, die die Spießer von ganz Deutschland mit Alarmnachrichten in ängstlicher Spannung hielt, zu entlarven.

Der Spitzelsumpf, der jetzt aufgedeckt worden ist, hatte trüben Zufluß aus allen großen Städten Deutschlands, die Hauptkloake aber war in Magdeburg. Ein ungeheuerer Apparat wurde aufgeboten, um die raffiniertesten Lügenmeldungen zusammenzubringen. Nicht nur eigene Bureaus wurden unterhalten, sondern große Organisationen standen hinter den erbärmlichen Spitzelgesellen, so die Nachfolgerin der antibolschewistischen Liga, die Deutsche Wirtschaftshilfe und ihr Nebenbetrieb, die Pinkerton-Gesellschaft. Vertrauensleute saßen in der Reichswehr, bei der Polizei, sowie in allen sozialistischen Parteien. Großindustrielle lieferten das Geld für die Zentrale, nach den beschlagnahmten Büchern sind allein in diesem Jahre 175 000 Mark verausgabt worden.

Ein besonderes Kapitel bildet die Spitzelei in den Arbeiterorganisationen. Es ist festgestellt, daß sich unsaubere Elemente an alle sozialistischen Parteien herangemacht hatten, um dort ihre unsaubere Tätigkeit auszuüben.

Aus den Berichten, die bei dem ehemaligen Leutnant Stoltze-Waldow, der sich auch als Agent der alten antibolschewistischen Liga in Halle und Merseburg betätigt hat, aufgefangen wurden, geht hervor, daß der rechtssozialistische Parteisekretär, Willy Neßler in Neuhaldensleben, ebenfalls Nachrichtenlieferant war. Er hat beträchtliche Geldmittel von der Wirtschaftshilfe, deren Leiter Stoltze-Waldow zuletzt war, empfangen.

Ein Beweis, daß auch die Rechtssozialisten, die so großes Aufhebens von dem „Schlafburschen der Schröder-Mahnke" machten, keine Ursache haben, sich moralisch zu entrüsten. Ein rechtssozialistischer Vertrauensmann des Deutschen Eisenbahner-Verbandes hat vor dem Verbandsvorstand des DEV. und einem Betriebsratsmitglied folgendes Schuldbekenntnis abgelegt: (daß sie Spitzelberichte geliefert haben. D. Red.).

Am Mittwochvormittag fanden in Neuhaldensleben und in Burg Haussuchungen bei angesehenen Funktionären der rechtssozialistischen Parteien statt, bei denen belastendes Material in großer Menge beschlagnahmt wurde. Die Deutsche Wirtschaftshilfe hat es verstanden, die rechtssozialistischen Funktionäre in großer Zahl für sich zu gewinnen und in ihren Dienst einzuspannen.

Die Entlarvung der Magdeburger Spitzelzentrale ist eine erneute Warnung an die Arbeiterschaft und eine eindringliche Mahnung zur Vorsicht!

Für jeden Arbeiter, der mit diesem bestochenen Lumpen abrechnen will, gilt die Parole:

Zum Teufel mit der sozialdemokratischen Spitzelliste — Wählt Kommunisten!

*

So schrieb wörtlich das „Volksblatt" am Donnerstag, dem 12. August 1920, damals wie heute „sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg"!

Und heute? Heute ist dieser selbe Neßler aus der Magdeburger Spitzelkloake, den das „Volksblatt" oben selber ein „unsauberes Element" nennt, das in seiner Partei eine „unsaubere Tätigkeit" ausgeübt habe — heute ist **dieser selbe Spitzel Neßler Reichstagskandidat der Sozialdemokratischen Partei** in unserem Bezirk!

Diese Feststellung muß der Sozialdemokratischen Partei in unserem Bezirke, die seit Tagen an einer merkwürdigen Atemschwäche leidet, den Todesstoß versetzen. Auf die sozialdemokratische Liste, die mit einem Mann geziert ist, der die Arbeiterschaft für Geld bespitzelte, darf kein ehrlicher Prolet seine Stimme abgeben.

Ein interessantes Bewerbungsschreiben Neßlers!

Er gesteht seine Ueberführung ein — „ . . . daß ich ein ausgezeichnetes Organisations- wie auch Redetalent besitze"

Bekanntlich, so geht aus den von uns veröffentlichten Dokumenten hervor, sollte Neßler seit 1922 für fünf Jahre keine Funktion innerhalb der Arbeiterbewegung mehr annehmen. Obwohl diese Zeit noch nicht verflossen ist, hat er sich — mit Erfolg! — um die Stelle des ersten Bevollmächtigten des DMV. in Bockwitz beworben. Dieses interessante Bewerbungsschreiben lautet:

Abschrift. **Magdeburg**, den 10. November 1922.

An die Ortsverwaltung des DMV. Bockwitz (N.-L.).

Werte Kollegen!

Bezugnehmend auf die Ausschreibung der Stelle eines Geschäftsführers erlaube ich mir hiermit, mich um diese zu bewerben.

Ich bin 35 Jahre alt, gelernter Schlosser, verheiratet und habe ein Kind.

Seit 1905 bin ohne Unterbrechung politisch und gewerkschaftlich organisiert. Innerhalb der Organisation habe ich von der Pieke an gedient und war von 1911 bis Ausbruch des Krieges Mitglied der hiesigen engeren Ortsverwaltung. Mit den genannten Verwaltungsgeschäften bin ich vollkommen vertraut, was dazu führte, daß ich sofort nach meiner Heimkehr (vom 1. August 1914 bis 29. Oktober 1918 stand ich im Felde) als Hilfarbeiter in die Verwaltung eintrat. Weil ich meiner Gesinnung treu blieb und die Zersplitterung nicht mit machen konnte, trat ich im Mai 1919 zurück und wurde als Sekretär des Arbeiterrats angestellt. Nach dessen Auflösung wurde ich Parteisekretär (SPD.) im Kreise Wolmirstedt-Neuhaldensleben. Bei der Reichstagswahl 1920 kandidierte ich als Reichstagskandidat für diesen Kreis. Daß ich außerdem eine Reihe hoher Ehrenämter in Staat und Kommune noch inne hatte, will ich nur nebenbei bemerken, aber wegen meiner aufrechten, scharfen Kampfesweise auch eine Menge Feinde und Neider hatte.

Diese trieben es nun im vergangenen Jahre während meines Urlaubes soweit, daß sie bei der Aufdeckung der sogenannten Magdeburger-Spitzelzentrale mich verdächtigten, beteiligt zu sein. Die Abschrift des amtlichen Urteils liegt bei und ist wohl klar die ganze Gemeinheit zu erkennen.

Ich trat von meinen Aemtern zurück und verlangte ein Parteischiedsgericht, welches das gleiche Urteil fällte, mich aber verurteilte, weil ich vor meinen Handlungen nicht erst die führenden Geister gefragt hätte.

Es dreht sich weiter um hochstehende Parteigenossen und stehen wir ja als Gewerkschafter den politischen Fragen heute neutral gegenüber.

Der Genosse Pfannkuch vom Parteivorstand, wie auch der Genosse Leuteritz, Hamburg, welche Vorsitzende vom Schiedsgericht waren, sind gern bereit, nähere Auskunft zu geben.

Ich stehe seit frühester Jugend in der Arbeiterbewegung, wie meine ganze Familie. Aus meinen bekleideten Aemtern geht ja hervor, was ich leisten kann. Auch wird dieses noch nicht der letzte Fehler sein, den ich gemacht habe, denn nur Kollegen, welche wirklich arbeiten können, machen Fehler.

Ohne mich zu überheben, darf ich wohl behaupten, **daß ich ein ausgezeichnetes Organisations-**, wie auch Redetalent besitze, und ein leichtes Auffassungsvermögen habe.

Mein eifrigstes Bestreben war bis je, für das Proletariat zu kämpfen, ohne Dank zu erheischen. Sollten Sie mein Gesuch ernsthaft prüfen und ohne ein Vorurteil diese Fragen zu behandeln, so wird es mir möglich sein, in ganz kurzer Zeit den Kollegen den Beweis meiner Fähigkeit und Arbeitsfreudigkeit zu erbringen.

Einer geschätzten Antwort entgegensehend, zeichnet mit kollegialem Gruß gez. Willy Neßler,

Zwei Punkte aus diesem Schreiben sind wichtig:

1. Neßler selber gibt seine Ueberführung als Spitzel zu, versucht sich aber damit zu entschuldigen, daß diese Spitzeltätigkeit ihm bei seiner Bewerbung nicht schaden könne, weil die Gewerkschaften ja „politisch neutral" seien. Er hält die Tätigkeit eines bestochenen Unternehmerspitzels vereinbar mit dem Amt des ersten Bevollmächtigten im DMV. Pfui Teufel!

2. Neßler behauptet von sich, daß er „ein ausgezeichnetes Organisations- wie auch Redetalent besitze". Diese Großmäuligkeit ist typisch. Klappern gehört bekanntlich zum Spitzelhandwerk. Daß Neßler heute den DMV. Bockwitz heruntergewirtschaftet hat und es in seiner Organisation wie Kraut und Rüben aussieht, wird uns von dortigen Genossen bestätigt. Das „ausgezeichnete Talent" Neßlers, das wir nicht bestreiten wollen, liegt auf einem anderen Gebiet, nicht auf dem der Organisation, sondern auf dem Gebiet, auf dem es sich seit Jahren erfolgreich betätigt hat, wie aus obigen Dokumenten zweifelsfrei hervorgeht.

Arbeiter im DMV.! Wie lange wollt Ihr diese Neßler-Bande noch in Euren Reihen dulden?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241202-10/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Zur letzten Wahlkampfwoche!

Die letzte Woche des Wahlkampfes hat begonnen. Nur noch wenige Tage trennen uns vom 7. Dezember.

In den **vier Wahlkampfwochen** haben sich die Aussichten unserer Partei überall im Reiche verbessert. Die **aufopfernde Arbeit unserer Genossen, die haarstr.ubenden Korruptionsskandale der deutschen Republik** wie ihrer einzelnen Parteien, von der SPD. bis zu den Völkischen, haben im deutschen Proletariat die Erkenntnis reifen lassen, daß diese Parteien für die Arbeiterklasse nicht in Frage kommen können.

Trotz alledem müssen unsere Genossen und Genossinnen, müssen alle klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen in dieser Woche ganz besonders **alle** ihre Kräfte anspannen, **um am 7. Dezember die Musterung von Millionen zum letzten Kampf entschlossener Proletarier durchführen zu können. Die Wahlen vom 7. Dezember müssen ein eindeutiger Gradmesser für die Reife des Klassenbewußtseins des deutschen Proletariats zur Revolution werden.**

Wir wissen als Kommunisten — und das betonen wir immer wieder —, daß der 7. Dezember **keine Entscheidung** für die deutsche Arbeiterklasse bringen kann und bringen wird, daß vielmehr **die letzten Kämpfe des revolutionären Proletariats mit ganz anderen Mitteln durchgeführt werden,** wir als Kommunisten versprechen dem deutschen Proletariat **nichts** von den kommenden Wahlen, — **trotz alledem müssen gerade in diesen letzten Tagen die letzten Kräfte angespannt werden, um den letzten Säumigen, den letzten belogenen und betrogenen Proletarier aufzurütteln, um den 7. Dezember zu einem**

Millionenbekenntnis zur Revolution des Proletariats, zum Kampf um die Diktatur des Proletariats, zum Kommunismus

zu machen.

Dazu müssen sich alle Genossen ihrer revolutionären Pflicht und Schuldigkeit voll und ganz bewußt sein. Jetzt heißt es, die **letzten** Klassengenossen zu erfassen, in die **letzte** elende Proletarierhütte einzudringen, dem **letzten** Klassenbruder und der **letzten** Klassenschwester klarzumachen, daß es gilt, **am 7. Dezember den revolutionären Willen der deutschen Arbeiterklasse zu demonstrieren.**

Nur wenn alle unsere Genossen in diesem Sinne und mit diesem Ziele vor Augen arbeiten, wird der 7. Dezember zu einer Millionendemonstration unter dem roten Banner der KPD. werden.

Genossen! Genossinnen!

Erfüllt bis auf den letzten Mann Eure Pflicht!

Alle Kräfte ans Werk!

Dann wird am 7. Dezember das revolutionäre Proletariat einen machtvollen Block darstellen, vor dem der Bourgeoisie und ihrer Sozialdemokratie Hören und Sehen vergeht.

Kleine Wahlblüten

Wie die SPD. die guten Sitten ihres Polizeipr[illegible] beherzigt

Als Herr **Runge** die Parteivertreter zu sich lud — es war am selben Tag, als ein Schupomann in der Lerchenfeldstraße seinen Tschako einbüßte — entspann sich eine Diskussion über die Frage, ob Kinder während der Wahlzeit Flugblätter verteilen dürfen.

Herr **Wielepp**, der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, wies leise weinend auf die Unsittlichkeit hin, die darin läge, daß die Kommunisten für Flugblattverteilen durch Kinder eintraten. Und als Herr Wielepp bei seinem hohen Parteigenossen durchgesetzt hatte, was er wollte, ließ er im „Volksblatt" einen großen Artikel über die Sache los. Ein einziger Entrüstungsschrei gegen die Kommunisten war das.

Und nun begibt sich folgendes:

Die SPD. läßt ihre Wahlzeitung und ihre Flugblätter selbst durch Kinder verteilen.

In Cröllwitz liefen sie am Sonntag treppauf, treppab und machten für Noske Propaganda. So geht es mit sozialdemokratischen Prinzipien. Dieses heuchlerische Gesindel, das mit der Miene des Biedermannes Versprechungen abgibt, hat das ganze Proletariat verraten.

Wen wundert da solch kleine Demagogie?

*

Die feinen Empfindungen der „Hallischen Nachrichten"

Wir haben es schon immer gesagt: Auch die „Objektiven" haben eine Wahlmeinung. Und zwar ungefähr so:

„Ob Ost und West
Zuhaus Asbest."

Ein Preisrätsel, welche Partei gewählt werden soll, ist in den „Hallischen Nachrichten" noch nicht erschienen. Aber wir können beruhigt aus dem Inseratenteil, der ja den eigentlichen Inhalt dieser Zeitung ausmacht, feststellen, daß die „Objektiven" für nicht mehr als **fünf Parteien** eintreten. Das ist wenig, wenn man bedenkt, daß zu den Dawes-Dollarparteien noch eine Menge anderer, einschließlich der SPD., gehören.

Aber im Feuilleton, das die erste und zweite Seite dieser Zeitung einnimmt, ist zu lesen, daß der Wahlkampf mit

„einem Aufwand von bombastischen Phrasen, der für das feinere Empfinden abstoßend oder lächerlich wirkt",

geführt werde

Diese „bombastischen Phrasen" sind hauptsächlichstes Gut der in den „Objektiven" inserierenden Parteien: Völkische, Deutschnationale, wüste Aufwertungs- und Aufbaupartei, Deutsche Volkspartei, Demokraten. Sie werden im Wahlartikel auf der ersten Seite nicht benannt. Wer wird sich denn die Inserenten vertreiben?

Man hat doch das „feinere Empfinden", das da befiehlt: **Geld stinkt nicht.** So wird weiter in bombastischen Phrasen salbungsvoll geschwafelt. Die „Objektiven" werden den Wahlkampf gewinnen. Sie stellen sich einfach dahin, wo die 51 Prozent Wahrscheinlichkeit der Macht sind.

*

Stinnesische Wahlente

Die „Allgemeine Zeitung" möchte gern ihren Mäzen, den Stinnes-Direktor der Riebeck-Montan-Werke, den deutschnationalen Herrn **Leopold**, durchbringen. Was tun? Vor allem Kampf gegen die Bolschewisten. Und da gehen sie dann besonders schlau ans Werk. Sie machen einen Kriminalskandal. Weil sie aber den Bartels selbst in ihrer Partei haben, diesen Deutschnationalen, der mit den Wucherjuden Kutisker und Holzmann schacherte, müssen sie ihren arischen Erfindungsgeist anstrengen, um etwas anderes auszuhecken. Und so schreiben sie denn in ihrer gestrigen Nummer:

Kommunistische Wahlgelder?

Braunschweig. Am Freitagabend zwischen 7 und 8 Uhr drangen drei jüngere Männer in eine Filiale des Allgemeinen Konsumvereins ein, hielten die dort anwesenden drei Personen mit vorgehaltenem Revolver in Schach, raubten die Ladenkasse mit etwa 120 bis 150 Mk. und konnten unerkannt entkommen. Vermutlich handelt es sich um Kommunisten, die auf diese Weise „Wahlgelder" sammeln wollten.

Die „Vermutung" der „Allgemeinen Zeitung" steht hart an der Grenze, wo Genie in Wahnsinn umschlägt. Daß Leute, die „kommunistische Wahlgelder" klauen wollen, ausgerechnet in eine Konsumfiliale einbrechen, ist nämlich das Unwahrscheinlichste dieser Erde; schon deshalb, weil die Mitglieder des Konsumvereins größtenteils selbst Kommunisten sind. Aber das braucht ein deutschnationaler Zeilenschinder auch nicht zu wissen.

Wundern müssen wir uns nur, daß dieser Einbruch — nach Ansicht der „Allgemeinen Zeitung" — nötig ist. Sprachen sie doch sonst nicht vom „rollenden Rubel"? Wie dem auch sei, das Grauen beschleicht den guten Bürger ob dieser Kientopp-Mutmaßung, die mit „vermutlich" und mit Fragezeichen operieren muß. Wir wünschen dem Stinnes-Blättchen weiterhin viel Glück zu seinen sachlichen Ausführungen und versichern ihm hochachtungsvoll, daß nun die kommunistische Bewegung mausetot sein wird.

---

2. 12. 24

Aus Mansfeld's Ehrentagen

Aus der Chronik des ersten Streiks der Mansfelder Knappen im Herbst 1909

In der Nacht zum 22. Oktober war's. Mitternacht nahte bereits, als in Halle ein Bataillon des 36. Infanterie-Regiments in feldmarschmäßiger Ausrüstung nach dem Bahnhof marschierte. Hier wurden die Soldaten auf dem Gleise verladen, das über Eisleben nach Nordhausen und Kassel führt. So sollte also Tatsache werden, was bisher als Produkt einer verrückten Fantasie gegolten hatte. Wie man in ein erobertes Feindesland, das sich empört hat, militärische Besatzung legt, so sollten auch im eigenen Lande Soldaten verwendet werden, sollten sie mit scharfgeladenen Flinten im Notfalle auf Vater und Mutter, auf Bruder und Schwester schießen, auf Bergleute, die durch das raffgierige Kapital aufs äußerste verelendet und aufgereizt worden waren, die nichts weiter forderten als ihr gesetzliches Recht. Wollte man die Streikenden zur offenen Empörung verleiten, damit dann ein Blutbad „die Ordnung" wieder herstellen konnte? Der hallischen Arbeiter, die den Aufmarsch nach dem Bahnhofe sahen, bemächtigte sich wilder Zorn. Schnell wurde eine dringende Depesche mitten in der Nacht an das Haupt-Streikbureau gesandt, das von Hettstedt nach dem mehr in der Mitte des Streikgebiets gelegenen Gasthof beim Bahnhof Mansfeld verlegt worden war. Außerdem wurde vom Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes in Halle, Röhr, gegen Mitternacht an Sachse die wichtige Mitteilung telephonisch vermittelt, damit noch in der Nacht Gegenmaßnahmen ergriffen werden konnten.

Sachse und seine Kollegen Waldhecker und Hansmann lagen bereits nach hartem Tagewerk im tiefen Schlafe, als die Nachricht von Halle eintraf. Schnell wurde in Hemdärmeln ein Kriegsrat abgehalten; Sachse vereinbarte die nötigen Instruktionen, und dann überließen sie sich wieder dem Schlummer, der ihnen Kraft zur nunmehr doppelt schweren und verantwortlichen Arbeit bringen sollte.

Auch von Magdeburg her war ein Bataillon Infanterie in dieser Nacht nach Hettstedt geworfen worden; es hatte sogar zwei Maschinengewehre mitgebracht, die schußfertig vor der Kupferkammerhütte so aufgestellt wurden, daß der eine Schlund die Straße nach Hettstedt bestrich, der andere die Straße nach Molmeck. Da auch ein Teil der Bernburger Garnison sowie einige Eskadronen Kürassiere aus Halberstadt ins Streikgebiet kommandiert wurden, stand dasselbe unter der Bewachung von etwa 240 Gendarmen und 1200 bis an die Zähne bewaffneten Soldaten. Als der Extrazug mit Militär in Hettstedt eintraf, wurde gleich am Bahnhof scharf geladen und der Sturmriemen unters Kinn genommen. Dann ging es im Laufschritt nach der Kupferkammerhütte, wo die Seitengewehre aufgepflanzt wurden. Nun konnte es losgehen. Aber es ging nicht los. Die hatten sich schmählich verrechnet, welche glaubten, die Bergleute würden sich durch die militärische Provokation zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen, die den Kleinkalibrigen willkommene Arbeit geboten und den Streik in einem Blutmeere erstickt hätten.

Gleich am anderen Tage wurden überall Versammlungen abgehalten, die den Streikenden die strengste Weisung gaben, sich unter keinen Umständen provozieren zu lassen. Möchten die Offiziere und Unteroffiziere anstellen, was sie wollten, möchten die Bergleute noch so sehr mit Recht bis aufs Blut empört sein, es dürfe unter keinen Umständen zu irgend welchen Konflikten zwischen Soldaten und Streikenden kommen. Mit einer schier übermenschlichen Selbstbeherrschung haben die wackeren Streikenden diese Parole alle die sechs Wochen hindurch befolgt, die das Militär im Streikgebiet geblieben ist.

*

Seit mehr als 700 Jahren wird im Mansfeldischen der Bergbau betrieben. Lange Jahrhunderte hindurch befand er sich im Besitz der Grafen von Mansfeld. Nach einem Familienbeschluß von 1443 sollten die Grafen der Burg „die Städte Eisleben, Hettstedt und das Bergwerk insgesamt und ungesondert" besitzen. „Zu ewigen Zeiten" sollte keiner von ihnen seinen Anteil daran an einen Fremden, Fürsten oder Herrn verkaufen, versetzen oder verpfänden dürfen. Das Bergwerk, „womit Gott der Allmächtige die löbliche Grafschaft Mansfeld unter anderen Wohltaten so reichlich gesegnet" hatte, lieferte zwar hübschen Ertrag, doch die Grafen von Mansfeld waren lustige Brüder und verstanden sich aufs Geldtotschlagen so vortrefflich, daß selbst die ergiebigen Silbergruben im Mansfeldischen nicht genug abwarfen. Im Jahre 1556 erhielten die Knappen ihren verdienten Lohn nicht. Da schlugen sie an das Holzhaus auf dem Mansfelder Berg einen Absagebrief an den Grafen an, in dem der Graf mit Rauben und Brennen „bedräuet" ward, wenn er nicht bald den vollen Lohn zahle. Da das nicht geschah, traten die Bergleute in den Streik. Aber „viele Bergleut" hatten an solchem „Fürnehmen" keinen Gefallen, da sie glaubten, daß das nicht der rechte Weg sei, „ausständige Gebühren zu suchen". Spangenberg, der Verfasser einer Chronik von Mansfeld, fügt hinzu, durch das Nichtbezahlen der Knappen und das mehrfache „Aufstehen des Bergkvolks" sei „da sganze Bergkwergk caduc worden". Die für „ewige Zeiten" den Grafen vorbehaltene Nutzung aus dem Bergwerk ist dahin, und die gräfliche Herrlichkeit ist in die Brüche gegangen.

Das war die Geschichte des ersten Streiks im Mansfelder Lande. Jetzt war der zweite angebrochen, ernster und umfassender als der erste vor 353 Jahren. Die Grafen von Mansfeld hatten ihren Besitz an die Stadt Nürnberg abtreten müssen, bei der sie tief in der Kreide saßen. Später hatte die Stadt Leipzig die Bergwerke übernommen, und von dieser hatte die „Mansfelder Kupferschiefer bauende Gewerkschaft" das Eigentumsrecht übernommen für wenige Millionen Mark nach heutigem Gelde, während jetzt in Gruben, Hütten, Liegenschaften und anderen Besitzstücken nach dem eigenen Zugeständnis der Gewerkschaft über 59 Millionen Mark angelegt sind, eine Summe, die aber nicht mehr als höchstens die Hälfte des wirklichen Wertes angibt.

Nicht nur diese mehr als fünfzig Millionen haben die Mansfelder Bergleute durch fleißige Arbeit bei traurig schlechten Löhnen sich abschinden lassen müssen, sondern auch die Hunderte von Millionen die im Laufe langer Jahre als Ausbeute an die nichtstuenden Kuxenbesitzer gezahlt worden sind, hätten von rechtswegen ihnen zufließen müssen. Anfangs vorigen Jahres beschäftigte die Mansfelder Gewerkschaft rund 21 250 Arbeiter. Von jedem Arbeiter zieht die Gewerkschaft jährlich 400, 600, ja 800 Mark und mehr Reingewinn. Dieser riesige Reingewinn bleibt also im Durchschnitt pro Kopf jedes Arbeiters übrig, nach dem bereits alle die teilweise ungeheuer hohen Beamtengehälter und sonstigen Betriebsunkosten abgezogen worden sind.

Besonders traurig für die Bergarbeiter ist die Lage unter dem neuen Generaldirektor Vogelsang geworden. Er steigerte die Arbeitsleistung und verminderte die Löhne. Der Durchschnittslohn sank von 3,57 Mark im Jahre 1907 auf 3.26 Mark im Jahre 1908, die Gesamtlohnsumme um mehr als 894 000 Mark, obwohl die Belegschaft um 229 Mann verstärkt worden war. Und als nun einzelne Bergleute sich ihrem Bergarbeiterverbande anschlossen, ging Vogelsang gegen sie mit brutalen Gewaltmitteln vor. Im September 1909 sind auf dem Freieslebenschacht 16, dann auf dem Paulschacht 12 und schließlich vom 27. bis 29. September auf dem Niewandtschacht 45 Verbandsmitglieder hinausgeworfen worden.

Die Courage der Mansfeld-Verwaltung

Die Herren Direktoren der Mansfeld A.-G. hatten bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden geschworen, daß ihr Betrieb kein Ausbeuterbetrieb sei. Darob war das „Volksblatt" zu Tränen gerührt und schimpfte auf den „Klassenkampf", der so wenig zuvorkommend zum Kapitalismus sei. Aber wir warteten schon auf den Tag, da das „Volksblatt" zum zweitenmal Gelegenheit haben sollte, vor der Großaktionärin Martha Herzfeld auf den Knien vor Ergebenheit zu winseln. Die Mansfeld A.-G. hatte wieder den „Klassenkampf" verklagt, und zwar, weil er aufgedeckt hatte, daß die Großdeutsche Volksgemeinschaft, diese Zusammenfassung der skrupellosesten völkischen Organisationen, Gelder von der Mansfeld A.-G. bekam.

Aber diese Klage war nur ein Bluff.

Die juristisch gut beratenen Kläger mußten ganz genau wissen, daß die Eröffnung dieses Verfahrens abgelehnt werden würde, weil nicht eine Privatperson, sondern eine juristische Person angegriffen war. Juristische Personen kann man nämlich nicht beleidigen. Und so geschah's. Das Verfahren wurde nicht eröffnet. Es wäre der Mansfeld A.-G. auch nicht gut bekommen. Denn der „Klassenkampf" hätte den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen angetreten. Die Mansfeld A.-G.-Verwaltung mußte das ahnen; um aber eine Kraftprobe zu machen, wurde die Klage erhoben.

Wir bedauern einzig, daß das „Volksblättchen" nun so um einen Hetzartikel gegen die Kommunisten gekommen ist.

Am Samstag enthüllte der „Klassenkampf" Neßlers Spitzeltätigkeit. Bis heute schweigt das „Volksblatt". Keine Antwort ist auch eine Antwort!

An die Angehörigen der politischen Gefangenen!

Die „Rote Hilfe" will allen politischen Gefangenen zu Weihnachten ein Paket senden. Wir bitten deshalb die Angehörigen der politischen Gefangenen, an die Adresse des Bezirkskomitees der „Roten Hilfe", Halle, Lerchenfeldstraße 14, die genauen Adressen der gefangenen Genossen mitzuteilen. Gleichzeitig ist mit anzugeben, warum der Betreffende inhaftiert, wie lange er schon sitzt und welches Urteil seinerzeit ergangen ist.

Um eine schnelle Erledigung durch das Bezirkskomitee zu ermöglichen, empfiehlt es sich, die Anklageschrift oder das schriftliche Urteil mit einzusenden.

Die Angehörigen der politischen Gefangenen, die laufend von der „Roten Hilfe" Unterstützung erhalten, haben schon einen Fragebogen erhalten und brauchen nur diesen ausgefüllt zurückzusenden.

Das Bezirkskomitee der „Roten Hilfe" Halle-Merseburg.

Bewaffneter „Stahlhelm"-Ueberfall auf Rote Frontkämpfer

Seeben, 2. Dezember.

In der gestern hier stattgefundenen Deutschnationalen Wählerversammlung kam es durch die Provokationen des Stahlhelms zu blutigen, bewaffneten Zusammenstößen. Schon seit Beginn der Versammlung wurden die Roten Frontkämpfer auf das heftigste provoziert. So sammelten sich denn vor dem Versammlungslokal die Roten Frontkämpfer, die zahlenmäßig dem „Stahlhelm" stark unterlegen waren. Gegen die vor dem Lokal stehenden Roten Frontkämpfer gingen dann von den Fenstern aus die Stahlhelmer mit Mauersteinen, Biergläsern und dergl. mehr vor. Dabei wurden mehrere Kameraden vom RFB. verletzt.

Auf die Provokation des Stahlhelms hin drangen die Roten Frontkämpfer in den Vorraum des Versammlungssaales, wo

aus dem Saale heraus von Stahlhelmleuten mit Jagdgewehren und Revolvern auf sie geschossen wurde.

Als sich die Roten Frontkämpfer zurückzogen, wurde aus den Fenstern, hinter die man von seiten der Stahlhelmleute regelrechte Barrikaden aufgebaut hatte, mit Mauersteinen geworfen.

Auch Schüsse fielen.

In später Abendstunde wurde noch ein Ueberfallkommando der Sipo in Halle alarmiert. Wie weit die Sipo noch irgendwelche „Funktionen" erfüllt hat, konnten wir leider nicht mehr feststellen.

Wir werden noch auf den Vorfall zurückkommen.

---

* **Ausgabe der Steuerkarten für 1925.** Unter Hinweis auf die heutige Bekanntmachung des Magistrats weisen war darauf hin, daß die Steuerkarten für 1925 im Rathause, Zimmer 22, in entsprechender Reihenfolge zur Ausgabe gelangen. Es empfiehlt sich pünktliche Abholung, da sonst der Arbeitgeber ohne Vorlage der Steuerkarte **volle 10 Prozent vom Bruttolohne** als Steuerabzug vorzunehmen verpflichtet ist.

Heute abend öffentl. Wählerversammlung

im „Volkspark". Beginn 8 Uhr. Referent: Otto Kilian. KPD. Ortsgruppe Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241202-10/fragment/page=0006
DFG

Am Donnerstag, dem 4. Dezember, abends 8 Uhr,
in allen bekannten Distriktslokalen

Distriktsversammlung

In Anbetracht der bevorstehenden Wahlen ist es unbedingte Pflicht eines jeden Genossen und jeder Genossin, zu diesen wichtigen Versammlungen zu erscheinen. **Die Ortsleitung.**

Noch immer keine Bestätigung unserer gewählten Gemeindevorsteher und Schöffen!

Dieskau, 1. Dezember.

„Schutz der Verfassung!" Unter dieser Parole ziehen die Sozialdemokraten in den Wahlkampf. Diese Parole brüllen sie laut in die Welt hinaus, um auf diese Weise Arbeiter für sich einzufangen.

Dabei sind es ebensosehr wie sämtliche anderen bürgerlichen Parteien die Sozialdemokraten, die mit allen Mitteln die spärlichen Rechte, die die Verfassung der „freiesten Republik der Welt" den Arbeitern gibt, mit Füßen tritt.

Sieben Monate sind bereits seit dem 4. Mai ins Land gezogen — und **noch immer hat der sozialdemokratische Landrat des Saalkreises den Gesetzesparagraphen nicht gefunden, nach welchem er den in Dieskau mit Mehrheit zum Gemeindevorsteher bzw. Schöffen gewählten Genossen Steinmetz und Sabitzka die Bestätigung versagen kann.**

Mit deutschnationalen, völkischen und anderen monarchistischen Gelichter macht man es bekanntlich anders, wofür Beispiele zur Genüge vorhanden sind.

Wir proletarischen Wähler von Dieskau protestieren aufs energischste gegen eine derartige Verschleppungspolitik. Wir fordern eine sofortige Bestätigung der von uns gewählten Vertreter.

*

Das ist die ganze „Demokratie", die die Herren von der Sozialdemokratie und dem Bürgertum nicht genug zu preisen wissen.

Nur immer wieder von neuem können wir als Kommunisten feststellen, daß **die bürgerliche „Demokratie" nichts anderes als den rücksichtslosesten Kampf gegen das revolutionäre Proletariat bedeutet.** Sobald die Lage der Bourgeoisie bedrohlich wird, pfeift sie auf die sogenannte „Demokratie".

Daß die gewählten Vertreter der Dieskauer Arbeiterschaft nicht bestätigt werden, liegt nur ganz in der Linie der bürgerlichen „Demokratie".

Daraus kann auch der letzte bisher noch von der Phrase Demokratie umnebelte Arbeiter den wahren Sachverhalt der Dinge sehen und seine Konsequenzen ziehen: **„Demokratie" ist die gewaltigste Lüge, die jemals produziert wurde. „Demokratie" ist das beste, geschickteste Deckmäntelchen um das ausbeuterische Großkapital. „Demokratie" ist das beste Mittel, den revolutionären Willen des Proletariats** — wenn auch nur für kurze Zeit — **zu lähmen.**

Das alles hat die deutsche Arbeiterklasse erkannt. Aus dieser Erkenntnis heraus wird sie am 7. Dezember ihre Stimme abgeben

gegen die bürgerliche „Demokratie",

gegen den Ausdruck dieser „Demokratie, den verrotteten Parlamentarismus,

für die Revolution des Proletariats,

für die deutsche Räterepublik!

Am 7. Dezember stimmen Millionen Arbeiter für die Kommunisten!

Böllberg-Wörmlitz

Guter Verlauf einer KPD.-Wählerversammlung. Unsere am Sonntag abgehaltene öffentliche Wählerversammlung wies einen guten Besuch auf. Der Referent schilderte mit treffenden Worten die arbeiterfeindliche Haltung der einzelnen Parteien von den Völkischen bis zur SPD. Als der Referent auf die Heldertaten der SPD. einging, stießen einige, eigens zu diesem Zweck vom Schwindelblättchen vom Harz hierher entsandte ulkige Gestalten, ein wahres Indianergeheul aus. Nur der Nachsicht unserer Genossen, die auf dies Gekreische alter Weiber natürlich nicht eingingen, können die Helden von der traurigen Gestalt es verdanken, daß sie die Jacke nicht voll bekommen haben.

In der Diskussion zu sprechen, wagten diese traurigen Ritter selbstredend nicht. Vielmehr drückten sie sich ängstlich einer nach dem andern zur Saaltür hinaus. Ja, Ihr Helden, solche Frechheiten läßt sich die hiesige Arbeiterschaft nicht gefallen. Zum nächstenmal müßt Ihr schon ein Rollkommando von der Runge-Polizei mitbringen. Sonst könnte es der Fall sein, daß Ihr Euch eine gehörige Abreibung zuziehen könntet...

Ammendorf

Freie Volksbühne. **Leider kann die für den 3. Dezember in Ammendorf vorgesehene „Armut"-Aufführung wegen Erkrankung eines Hauptdarstellers noch nicht stattfinden. Eine Aenderung des Stückes ließ sich leider nicht ermöglichen, da die Spieler am gleichen Tage noch in Wernigerode ein Stück zu spielen verpflichtet sind, neben dem nur noch die „Armut"-Aufführung gleichzeitig möglich gewesen wäre.**

Nietleben

Parteigenossen! Nur wenige Tage noch trennen uns von den Wahlen. Da ist es eine dringende Notwendigkeit, alle Kräfte in den Dienst der Partei zu stellen. Jeder Genosse, jede Genossin ist verpflichtet, mitzuhelfen. Nur dann kann die Arbeit von Erfolg gekrönt sein. Donnerstag abend 8 Uhr findet im Gasthof „Zur Sonne" eine Zusammenkunft aller Genossen und Genossinnen zu einer wichtigen Besprechung statt.

Zuchthauswahlen!

Vom Dienstag bis Donnerstag finden im Saalkreis folgende **öffentliche Wählerversammlungen der KPD.** statt:

Zwintschöna: Dienstag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, Gasthof Horn.

Nietleben: Dienstag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, „Zur Sonne".

Döllel: Dienstag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, Gasthof.

Ober- und Untermaschwitz: Dienstag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, Gasthof Damm.

Schlettau: Dienstag, 2. Dezember, abends 8 Uhr, Gasthof.

Reußen: Dienstag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, Gasthof.

Queis, Mittwoch, den 3. Dezember, abends 8 Uhr, Gasthof Seidewitz.

Wettin, Mittwoch, den 3. Dezember, abends 8 Uhr, Gasthof „Zum Stern".

Hohenthurm:, Donnerstag, den 4. Dezember, abends 8 Uhr, Gasthof Gehre.

Nietleben, Donnerstag, den 4. Dezember, abends 8 Uhr, Gasthof „Zur Sonne".

Delitz, Donnerstag, den 4. Dezember, abends 8 Uhr, Gasthof.

Alte Lügen über Sowjet-Rußland in neuer Auflage als Wahlpropaganda gegen die Kommunisten

Die Verleumder-Einheitsfront von der SPD. bis zu den Nationalsozialisten

Kein Dreck ist zu stinkig, als daß nicht sozialdemokratisch-bürgerliche Soldschreiber ihn mit Freude breittreten. Keine Lüge zu schuftig, als daß nicht bürgerlich-sozialdemokratische Knechtsseelen sie in ihren vor Unrat stinkenden Blättern, Flugblättern und dergl. mehr verbreiten.

Der Jauchekübel, den diese elendn Hallunken von jeher über das Rußland der Arbeiter und armen Bauern ausschütteten, ist bekannt. Weiter weiß heute jedermann, daß die Nachrichten der bürgerlichen und — **besonders** — der sozialdemokratischen Presse über Sowjet-Rußland zu mehr als 100 Prozent erstunken und erlogen sind. Das hindert das elende Gesindel natürlich nicht daran, ihre Jauchesauce aus den vorigen Jahren wieder aufzuwärmen. Daß dies besonders jetzt im Wahlkampf geschieht, ist nicht weiter verwunderlich.

Hier mögen nur einige wenige solcher „Nachrichten" ihre verdiente Abfuhr erhalten:

Nr. 1

Unlängst verbreiteten die Sozialdemokraten ein Flugblatt, daß wir leider Platzmangels wegen nicht abdrucken können. Wir hoffen indes, daß auch unsere Genossen das in Massen vertriebene Flugblatt — die Sozialdemokraten haben bekanntlich, wie alle bürgerlichen Parteien, zu Wahlzwecken aus nicht so sehr schwer zu erratenden, nie versiegenden Quellen reichliche Gelder zu ihrer Verfügung — erhalten und so ihren herzlichen Spaß an der Sache gehabt haben. Das Flugblatt betitelt sich: „Kommunisten und Völkische." Auf den gemeinen Verleumderdreck, der die Brüder der schwarzrotgoldenen Faszisten, die Völkischen, in eine Einheitsfront mit den Kommunisten zu drängen versucht, brauchen wir nicht weiter einzugehen. Diese Lügen wurden schon häufig von uns gebührend gebrandmarkt und an unwiderlegbaren Tatsachen genau das Gegenteil nachgewiesen.

Als Hauptaufgabe des Flugblattes wird indes von der SPD. die **übelste Hetze gegen das proletarische Rußland** angesehen. Was hätten sozialdemokratische Skribifaxe auch schließlich anderes zu tun?

In großen Lettern fragt das Flugblatt an: „Wo werden die hungernden Arbeiter erschossen." Prompt lautet die Antwort: „In Sowjet-Rußland!"

Auf diese schurkische Lüge wollen wir nur die Zuschrift eines Arbeiters, die unserer Redaktion dieser Tage zuging, sinngemäß wiedergeben. Der Arbeiter stellt nämlich die Frage: **„Wo wurden und werden hungernde Arbeiter erschossen und ermordet?"** Antwort: **„In Deutschland."** Der Arbeiter fragt weiter:

„Durch wen wurden die hungernden Arbeiter in Deutschland ermordet?"

Wenn wir nun die Antwort geben würden, die der einfache Prolet aus dem Betriebe gibt, würden wir bestimmt mit dem Republik-Schutzgesetz in Konflikt kommen. Der Arbeiter antwortet nämlich:

„Durch den SPD.-Lumpen Severing!"

Und weiter fragt der Arbeiter: **„Durch wen wurden deutsche Arbeiter wegen politischer Vergehen ins Gefängnis und Zuchthaus gesteckt?** Wir können wiederum wegen des Republik-Schutzgesetzes nicht die Antwort geben. Der Arbeiter aber antwortet:

„Durch den SPD.-Lumpen Svering!"

Der Arbeiter schreibt weiter und schließt damit: **„Wer trägt die Schuld, daß der ausgerissene Lehmann noch ein so prächtiges Leben mit seiner Madonna verleben kann?" „Die Lumpen von der SPD.! Sie sind diejenigen, die Hand in Hand mit dem reaktionären Gesindel gehen."** Wir können dieser von dem Arbeiter aus dem Betriebe begriffenen Wahrheit nichts mehr hinzufügen.

Wer das erwähnte Flugblatt der SPD. genau durchliest, merkt nur zu genau, um welch stinkendes Fabrikat elender Verräterseelen, jämmerlicher Judasse es sich handelt. Von A bis Z erstunken — das merkt der einfache Arbeiter dem Flugblatt an.

Aber die Hauptsache: **Recht viel Dreck schleudern gegen das revolutionäre Proletariat und gegen Sowjet-Rußland.** Vielleicht bleibt doch ein klein wenig daran hängen. Ja, vielleicht.

Nr. 2

SPD. und Deutschnationale in einer Reih'!

Wie könnte es auch anders sein? Uns fällt gerade ein Flugblatt der Deutschnationalen in die Hände, das sich an die — plötzlich als Stimmvieh so sehr begehrten — Kumpels richtet. „Nach Angaben des russischen Zentralbureaus für Arbeiterstatistik" sollen die darauf angegebenen Löhne in Sowjet-Rußland sein.

Wir stellen hiermit fest, daß diese „Angaben" von A bis Z gefälscht sind.

Wenn das den Herrschaften noch nicht genügt, können wir ihnen bereits in ein bis zwei Tagen die tatsächlichen „Angaben des russischen Zentralbureaus für Arbeiterstatistik" bringen.

Nicht anders als mit den sowjetrussischen im Flugblatt angegebenen gefälschten Löhnen verhält es sich auch mit den angeblich „Nach Angaben des russischen Außenhandelskommissariats" „festgestellten" Preisen in Sowjet-Rußland. Und ausgerechnet muß den guten Deutschnationalen da noch das Versehen unterlaufen, daß es die Getreidepreise zum Vergleich heranzieht. Jedermann weiß — **und das wurde auch nur zu oft von bürgerlichen Zeitungen zugegeben** —, daß gerade die Getreidepreise, wie überhaupt die Preise für Nahrungsmittel in Rußland die denkbar billigsten sind. Jedermann weiß, daß, um nur ein Beispiel aus der Fülle des Materials zu nehmen, **in Rußland z. B. in jeder Speisewirtschaft Weißbrot in unbeschränktem Umfange zum Mittagstisch unentgeltlich gegeben wird.** Ja, die Deutschnationalen müssen eben immer Pech haben. Ein zu tragisches Schicksal!

Nr. 3

Als drittes würdiges Mitglied der Rußlandhetzer-Gesellschaft von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen erscheinen dann die Nationalsozialisten auf dem Plan mit einem Flugblatt, das in seiner Demagogie höchstens noch von Sozialdemokraten übertroffen werden kann. Lügen, auf die heute kaum jemand mehr hereinfällt (mit Ausnahme vielleicht einiger in den Gummizellen der Irrenanstalten des Deutschen Reiches befindlichen fragwürdigen Gestalten und — der Nationalsozialisten, sowie des anderen eingefleischten, vom internationalen Kapital ausgehaltenen, faszistischen Gesindels und blöden SPD.- und Gewerkschaftsbureautraten.)

Wie Zitate namhafter Genossen aus der russischen Sowjetregierung direkt auf den Kopf gestellt werden, werden unsere Leser für den Fall, daß ihnen ein solches Flugblatt in die Hand gefallen sein sollte, bereits gemerkt haben. Von der teutonischen, typisch germanischen, eigens für die rassereinen Urgermanen reservierten Wahrheitsliebe, diesem „Grundzug aller Teutschen", bleibt dann allerdings nichts, aber auch rein gar nichts, mehr übrig. Also das nächste Mal, bitte, ein wenig, wenn auch nur ein ganz klein wenig, geschickter, nicht ganz so dumm und topatschig, meine Herrn. (Diese Ermunterung wollen sich natürlich auch die anderen Mitglieder der Rußlandhetzergesellschaft zu Herzen nehmen.)

Nr. 4

In allen Flugblattverleumdungen — nahezu auf jedem Flugblatt der SPD. bis zu den Völkischen wird Rußlandhetze betrieben! — kommt noch die **vereinigte Pressemeute von der SPD. bis zur Hitler-Presse.** Sensationsnachrichten im Schauderromanstil kann man da täglich lesen. Hunderte solcher Meldungen aus der gesamten deutschen Presse könnten wir bringen. Indes lohnt sich die Sache heute nicht mehr, da sie — außer den schon oben erwähnten Subjekten — niemand mehr glaubt. Es ist zwar traurig für die traurigen Helden, daß kaum ein deutscher Arbeiter ihnen mehr Gehör für die Lügen über Sowjet-Rußland schenkt, aber wir müssen uns eben mit der Feststellung dieser Tatsache begnügen. Nur einige wenige Beispiele aus der Fülle des Materials wollen wir den Arbeitern hiermit zur Belustigung mitteilen.

„Trotzki gestürzt." So meldete das Schwindelblättchen vom Harz kürzlich. Ausgerechnet aus Riga kommt die „Meldung". Aus Riga, d. h. aus den weißgardistischen, „demokratischen" Republiken, die nicht genug Intrigen gegen Sowjet-Rußland spinnen können (selbstredend stehen in diesem Lügenkampf die dortigen Sozialdemokraten in erster Reihe, wie sie auch bei den Massenmorden gegen die Proletarier in den berüchtigten Baltenstaaten in erster Reihe, wie bei ans in Deutschland, standen und stehen). Ein „eigener Drahtbericht" des „Blättchens" ist's außerdem, was an sich schon allein genug sagt. Dann kommt's: Verbannung nach dem Kaukasus. Starke Beunruhigung in der Roten Armee wie in der Marine usw. Warum folgt nicht noch: „Trotzki erhängt. Das ganze Land in Aufruhr." Oder was sonst noch für „eigene Drahtberichte" produziert werden?

Weiter: Die „A. Z." bringt die welterschütternde Nachricht, daß — die Russen für Akkordarbeit seien! Im Kommentar stellt sich denn heraus, daß

in Wirklichkeit die Stinnes-„Allgemeine Zeitung" für „eine vernünftige Akkordarbeitsregelung"

ist. Dies Zugeständnis werden sich die deutschen Arbeiter für den 7. Dezember merken müssen! — Gleich hinter dieser Meldung berichtet die „A. Z.": „Aus Minsk wird gemeldet, daß von der Sowjetregierung über Weißrußland der Belagerungszustand verhängt worden ist."

Kommentar überflüssig.

Dann wieder kommt das „Volksblatt", das unter der Ueberschrift „Aus dem Petersburger (soll wohl heißen: Leningrader. — D. Red. des „Kl.") Arbeiterleben." Wieder einmal von dem „unerhörten Terror der Sowjetregierung gegen die russischen Sozialdemorkaten" phantasiert. Ein **in Berlin („Vorwärts"-Gebäude) produzierter „Brief russischer Fabrikarbeiter"** muß herhalten, um neue Hetze gegen Sowjet-Rußland zu entfalten. Das alles nur, um sich bei der deutschen und internationalen Bourgeoisie lieb Kind zu machen. „Pfui Teufel über solch elendes Pack, das es wagt, den ersten Arbeiterstaat der Welt mit einem so stinkenden Dreck, mit so offensichtlichen Lügen zu verleumden!" wird mit uns jeder ehrliche deutsche Arbeiter sagen.

*

Das sind nur einige, sehr wenige Blüten aus dem während des Wahlkampfes ganz besonders gut gedeihenden, stinkigen sozialdemokratisch-bürgerlichen Lügensumpf gegen Sowjet-Rußland.

Wie es mit den wenigen, oben angeführten „Meldungen" sich verhält, so steht es mit dem ganzen, sattsam bekannten Lügenstunt der sozialdemokratisch-bürgerlichen Dreckschleudern.

Die deutschen Arbeiter werden sich um diese elenden Banditen, die es wagen, unsere siegreichen russischen Brüder und Schwestern — freilich vergeblich — mit vom Haß gegen das Proletariat gezeugten Lügen zu verunglimpfen, nicht weiter kümmern. Sie gehen ihren **geraden Weg weiter — bis zum Ziel, bis zum Licht der proletarischen Diktatur. Sie kämpfen weiter unter dem hell leuchtenden Sowjetstern mit Hammer und Sichel, dem Symbol der ersten Arbeiterrepublik der Welt.**

Ueber die Verleumdungen gegen Sowjet-Rußland gehen sie hinweg mit jenem ruhigen, selbstbewußten, herablassenden Lächeln des Siegers, mit der stoischen Ruhe, die den russischen Proletariern eigen ist, wenn sie von den Lügen über ihre Republik in den westeuropäischen Staaten hören oder wenn sie die (dem „Vorwärts" oder ähnlichen Pressereptilen entnommene) Witzecke in der „Prawda" oder den „Istwestija", betitelt mit: „Was man über Sowjet-Rußland in Westeuropa schreibt" lesen.

Durch all die Jauchekübel, mag deren Inhalt nun von sozialdemokratischen oder bürgerlichen Tintenkulis anderer Couleur produziert sein, läßt sich die deutsche Arbeiterschaft in ihrer Liebe zu Sowjet-Rußland nicht beirren. **Sie wird am 7. Dezember zu Millionen ein Bekenntnis, einen Schwur ablegen**

für Sowjet-Rußland!

für die Diktatur des Proletariats!

für die Revolution des Proletariats in Deutschland und in der ganzen Welt!

für den Kampf um ein Sowjet-Deutschland!

für den Kampf um den Bund der sozialistischen Sowjetrepubliken der ganzen Welt!

Aus der Jugendbewegung

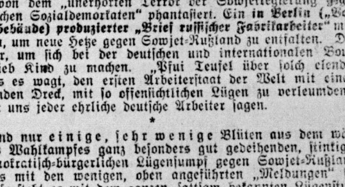
Kommunistische Jugend, Halle. Heute, Dienstag, abend beteiligen sich alle Mitglieder an der öffentlichen Versammlung der Partei. **Turnen fällt aus.**

Heute abend ½8 Uhr **Sitzung aller im Z. d. A. organisierten Genossen** in der Produktiv-Genossenschaft.

Mittwoch abend ½8 Uhr in der **Produktiv-Genossenschaft Sitzung aller im D. M. V. organisierten Genossen.**

Verantwortlich: Marianne Gundermann, Halle, für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14

Unsere Leser bitten wir, den Dezember-Abonnementsbetrag an die Trägerin nur gegen Ueberreichung der Quittung zu verabfolgen.



Wollhut moderne Form, mit breitem Einfaß 5,50
Lodenhut moderne Sportform, in vielen Melangen 5,90
Haarhut besonders leicht, streng modern, mit und ohne Einfaß . 10,50

Halle a. d. S. **S. Weiss** Am Markt 1681

Fahrradlampen — Gummi-Bieder — Große Steinstraße 81

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241202-10/fragment/page=0007

Gewerkschaftsbewegung

Die kommunistische Gewerkschaftsarbeit in der Wahlbewegung

Die Wahlarbeit der Partei ist vor allem eine Arbeit zur Mobilisierung der Massen für den Kampf um Lohn und Arbeitszeit. Die Gewerkschaftsbureaukratie stellt die Arbeiter ein auf Wahl; wir müssen die Arbeiter einstellen auf Kampf, und auch das nicht nur rein propagandistisch, sondern wir müssen diesen Kampf um Lohn- und Arbeitszeit tatsächlich organisieren.

Jede Möglichkeit eines Streikes, einer Lohnbewegung muß von uns mit aller Kraft gefördert werden. Wir müssen alles daran setzen, um die Kämpfe zu steigern, auszubreiten und die zersplitterten Teilkämpfe miteinander in Verbindung zu bringen, damit es der Bureaukratie nicht gelingen kann, nach einem Scheinkampf mit 3 Pf. Lohnerhöhung, die den tatsächlichen Lohnabbau durch Preiserhöhungen nicht entfernt aufwiegen, abzudrehen und einen „Erfolg" zu proklamieren. Aber gleichzeitig muß ein aktiver verstärkter Kampf gegen die Gewerkschaftsbureaukratie geführt werden.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer stellen den gesamten Apparat der gewerkschaftlichen Organisationen in den Dienst der Wahlpropaganda für die SPD. Der ADGB. fordert in der Gewerkschafts-Zeitung Nr. 44 und 45 zur Wahl von Sozialdemokraten auf. Er erläßt einen **offiziellen Wahlaufruf gegen die Kommunisten** für die SPD. Die Zeitungen der reformistischen Verbände und die der einzelnen Ortsausschüsse tun dasselbe. In München beschloß die Delegiertenversammlung des dortigen Ortsausschusses gegen vier Stimmen:

„Die Gewerkschaftsmitglieder werden aufgefordert, in der Einzelagitation alles zu tun, um die Wahlsäumigen in den Arbeiterkreisen aufzurütteln und zur Wahlurne zu bringen. Darüber hinaus wird in den einzelnen Gewerkschaften zu den politischen Fragen Stellung genommen. Die Leitung des Gewerkschaftsvereins wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, die im Inereſſe der Gesamtarbeiterschaft liegen. Es wird betont, daß als alleinige Vertreterin der Arbeiterinteressen nur die Sozialdemokratische Partei in Frage kommen kann."

Den Kommunisten, die dagegen auftreten, wurde bedeutet, daß sie — wenn ihnen die Beschlüsse nicht passen — aus den Gewerkschaften austreten sollen.

Diese Tatsache der Indienststellung der Gewerkschaften für die Wahlpropaganda der SPD. muß die gesamte Partei bis zum letzten Funktionär zur aktivsten Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften veranlassen.

Wir dürfen uns aber nicht damit begnügen, diese Tatsachen in der Presse und in den Wahlversammlungen propagandistisch zu verwerten. **Wir müssen die Mitglieder der Gewerkschaften gegen die Handlungen der SPD.-Bureaukratie mobilisieren, sie sofort in den Gewerkschaften zur Rechenschaft ziehen, und weiter überall mit sofortigen Gegenmaßnahmen antworten.**

Jede Position, die wir in Händen haben, jeder Ortsausschuß, jede Verwaltung, jede Branche, jede Gewerkschaftsversammlung, die unter unserem Einfluß steht, aber auch jede, die die Reformisten in der Hand haben, muß zu den Wahlen Stellung nehmen und die Losung aufstellen:

„Wählt nur Kommunisten!"

Die wahren Gewerkschaftszerstörer

In der Zahlstelle des **Fabrikarbeiterverbandes Wittenberg** war Anfang d. J. auf Antrag des ersten Bevollmächtigten, des SPD.-Mannes Feustel, einem Angestellten infolge Rückgang der Mitgliederzahl gekündigt worden. Die Wahl des zu Kündigenden fiel sowohl seitens der Ortsverwaltung, als auch seitens der Generalversammlung auf Feustel selbst. Wer nun aber glaubte, dieser würde gehen, der hatte sich gewaltig geirrt. Der Hauptvorstand griff ein, eröffnete im „Proletarier" eine wüste Kommunistenhetze gegen die Ortsverwaltung, versuchte durch persönliches Eingreifen die Dinge so zu drehen, daß der SPD.-Mann Feustel bleiben konnte und dafür der Kommunist Hildebrandt gehen sollte. Man wollte dies dadurch erreichen, daß man die Verwaltungsmitglieder zwingen wollte, das „Kommunistengesetz" — genannt 8 Punkte — zu unterschreiben. Eine auf Wunsch des Hauptvorstandes neu einberufene **Generalversammlung**, die sich mit diesen Dingen beschäftigen sollte, **billigte einstimmig das Vorgehen der Ortsverwaltung und sprach die Kündigung Feustels zum zweitenmal aus. Nun löste der Hauptvorstand kurzerhand die Verwaltung und die Generalversammlung auf und setzte diktatorisch eine Verwaltung mit Feustel als Kommissar ein**, wagte aber nicht, Hildebrandt zu kündigen. Dies geschah erst nach 7 Monaten! Gleichzeitig erfolgte die Neuwahl zur Generalversammlung, die in bezirklichen Mitgliederversammlungen vorgenommen wurde. Eine solche, die in Wittenberg stattfand, beantragte nun bei der neuen Generalversammlung die sofortige Entlassung Feustels und die Einsetzung Hildebrandts als ersten Bevollmächtigten. In der am 23. November stattgefundenen Generalversammlung versuchte nun Feustel zunächst die ganze Versammlung zu sprengen. Durch die geschickte Taktik unserer Fraktion wurde dies verhindert. Bei der entscheidenden Abstimmung wurde der obige Antrag mit 28 gegen 6 Stimmen angenommen. Eine weitere Resolution, die sich in schärfster Weise gegen den Mißbrauch der freien Gewerkschaften zugunsten der sozialdemokratischen Arbeiterverräterpartei richtet, fand mit 29 gegen 5 Stimmen Annahme.

Fabrikarbeiter Wittenbergs! Zum dritten Male haben Eure Vertreter in Eurem Sinne entschieden! Bewahrt eiserne Disziplin! Kein Mann darf aus dem Verband austreten, komme, was da will! Wir werden die sozialdemokratischen Führer des Verbandes zwingen, Eurem Willen Rechnung zu tragen. Helft uns, indem Ihr den letzten Kollegen in den Verband der Fabrikarbeiter hineinholt. Je stärker wir sind, desto eher gelingt es uns, den Verband wieder zu einer wirklichen Waffe in der Hand der Proletarier gegen das Ausbeutertum zu machen.

Offener Brief an den Vorstand des Bezirksvereins des Baugewerksbundes in Zeitz

Das in Zeitz erscheinende SPD.-Blatt „Volksbote" brachte wiederholt Artikel der beiden Bonzen der Zeitzer Baugewerkschaft, Gustav Jäger und Otto Herrmann, die dazu dienen sollten, mich in der Oeffentlichkeit in den Schmutz zu ziehen und als größten Schädling an der Organisation und der Arbeiterbewegung überhaupt hinzustellen. So sind derartige Artikel im „Grundstein" und im Zeitzer „Volksboten" erst vor nicht allzu langer Zeit erschienen, als deren Verfasser ich die beiden Genannten sofort erkannt habe.

Was ist daran wahres? Das mir unterm 23. Oktober 1923 zugestellte Ausschlußschreiben lautet:

Der Vorstand des Deutschen Baugewerksbundes teilt uns mit, daß er Dich aus der Organisation ausgeschlossen hat und ersucht uns, Dir dies mitzuteilen, was wir hiermit getan haben. Deutscher Baugewersbund Zeitz und Umgegend. Der Vorstand. J. A.: Jäger (Stempel).

So lautete das Schreiben, ohne daß ich auch nur einen Buchstaben daran geändert hätte. Auch nicht der winzigste Grund, der meinen Ausschluß gerechtfertigt hätte, ist in dem Schreiben angegeben. **Und warum? Weil man keinen angeben konnte!** In den erwähnten Zeitungsartikeln wird angegeben, daß ich zur Beitragssperre aufgefordert hätte. **Das ist erstunken und erlogen!** Ich erkläre die beiden Verbreiter dieses Gerüchts solange als ehrlose Lügner und Verleumder, bis sie mir den Beweis für ihre Behauptung antreten. Diesen Beweis anzutreten, dürfte den beiden gewohnheitsmäßigen Verleumdern und Ehrabschneidern und ihrem Kumpan Brand-Bornitz äußerst schwer fallen, da ich Mitglieder- und Extrabeiträge immer pünktlich bezahlt habe, was mir von dem Kollegen Grunert, dem damaligen Kassierer, bezeugt wird. Auch mein Mitgliedsbuch, das ich noch in Händen habe, ist Beweis dafür. Auch als einer der besten Versammlungsbesucher wurde ich von allen ehrlichen Kollegen bezeichnet, und kein einziger Kollege wird mir nachreden können, daß ich jemals in Versammlungen oder auf der Arbeitsstelle eine derartige oder sonst „den Verband schädigende" Aeußerung getan hätte, und sei es auch in der verstecktesten Form gewesen. Im Gegenteil werden der Kollege Mortag, Geschäftsführer des Baugewerksbundes für Gera, und der Sektionsleiter des Feuerungs- und Schornsteingewerbe, Alfred Dölz (Gera) beweisen, daß ich immer in energischster Weise für den Verband gearbeitet habe. Beide waren über meinen Ausschluß höchst erstaunt.

Ich fordere die beiden Bonzen Jäger und Herrmann sowie den Bezirksvereinsvorstand auf, mir nachzuweisen, daß ich an der Herstellung und Verbreitung der in Frage kommenden Rundschreiben und ähnlicher Schreiben beteiligt gewesen bin oder irgendwie meine Hände im Spiele gehabt hätte. Und weil man nicht den geringsten Schatten eines Beweises erbringen kann, so verlegte man sich aufs Schwindeln. Und so kam es, daß man mich beim verflossenen Maurerstreik als Streikbrecher hinstellte, und obwohl man anderen Tags im Zeitzer „Schwindelboten" diese Lüge widerrufen mußte, hatte man erreicht, was man erreichen wollte. Etwas bleibt immer hängen. Daß man erst neulich wieder im genannten Blatte aufforderte, uns drei Ausgeschlossene wie Streikbrecher zu behandeln, will ich nur nebenbei erwähnen.

Zum Schluß fordere ich die beiden Genannten auf, mir Nachstehendes zu beweisen: Habe ich, solange ich Mitglied des Baugewerksbundes war, auch nur einmal, und sei es auch nur in der verstecktesten Form gewesen, den Versuch unternommen, um zur Beitragssperre aufzufordern? Ob das in Mitgliederversammlungen, auf der Baustelle oder sonstwo gewesen sein soll, bleibt sich gleich. Kann mir der Vorstand nachweisen, daß ich bei der Herstellung bzw. Verbreitung von Aufrufen in Verbindung gebracht werden kann? War ich Beitragsdrückeberger? Und in welcher Beziehung habe ich gegen gewerkschaftliche Prinzipien verstoßen? Sind die Herren Jäger und Herrmann nicht in der Lage, mir auch nur auf eine dieser Fragen belastendes Material zu bringen, so erkläre ich sie offen als Lügner und Verleumder.

Zeitz, 29. November 1924. **Retterath.**

Bruno Thomas Ehrenvorsitzender des VLWD.!

(Beschluß der Reichskonferenz des Verbandes der Land- und Waldarbeiter Deutschlands am 8. November 1924.)

Die Reichskonferenz des VLWD. entbietet ihrem tapferen revolutionären Führer Bruno Thomas über die Zuchthausmauern hinweg die wärmsten Grüße. Zum Zeichen, daß die revolutionären Land- und Forstarbeiter Deutschlands gewillt sind, ebenso unerschrocken und tapfer für die proletarischen Interessen zu kämpfen, wählt die Reichskonferenz den im Zuchthaus schmachtenden Kollegen Thomas zum Ehrenvorsitzenden des VLWD.

Mit Genugtuung nimmt die Konferenz davon Kenntnis, daß Kollege Thomas von der Kommunistischen Partei an aussichtsreicher Stelle als Kandidat für den Landtag aufgestellt wurde. Die revolutionären Land- und Forstarbeiter Deutschlands haben die Pflicht, energisch für die Freilassung des Kollegen Thomas und aller übrigen proletarischen politischen Gefangenen einzutreten. Ihrem Kampfeswillen gibt die Land- und Forstarbeiterschaft Ausdruck, indem sie am 7. Dezember für die Liste der proletarischen Kämpfer, für die Liste der Kommunisten stimmt!

Neues vom Tage

Feuer in einer Infanteriekaserne. In der Kaserne des 20. Infanterieregiments in Regensburg, und zwar in der Abteilung der Minenwerferkompagnie, brach Feuer aus. Die Flammen griffen auf die Munitionsbestände über. Zahlreiche Explosionen erfolgten. Große Waffen- und Munitionsvorräte sind dem Brande zum Opfer gefallen.

Die Gewerkschafter wählen kommunistisch!

Verehrte Damen!

Am Sonntag, dem 7. Dezember, vormittags 10 Uhr bis mittags 12 Uhr finden im

Ufa-Theater „Walhalla-Lichtspiele"

kostenlose Filmaufnahmen zum

Damen-Schönheits-Wettbewerb

statt.

Alle Damen werden gebeten, sich recht zahlreich hieran zu beteiligen. Die besten Aufnahmen werden mit **wertvollen Preisen** — gestiftet von hiesigen prominenten Firmen — prämiiert 3685

Allgem. Konsumverein Halle u. Umg.

Zum Weihnachtsfest empfehlen wir billigst: 3678

Amer. Weizenmehl à Pfund 25 Pf.

Zigarren-Präsentkistchen

Korinthen
Rosinen
Sultaninen
Zitronat
Mandeln, süß
Mandeln, bitter
Mandelersatz
Kokosnuß ger.
Weizenmehl
Zucker, gem.
Zucker, Puder
Rindertalg
Kokosfett
Schmelzmargarine
Margarine a. Sorten

Honigkuchen alle Sorten, in eigener Bäckerei hergestellt

Seife-Präsentpackungen

Unsere Verteilungsstellen sind bis abends 7 Uhr geöffnet

Bruno Paris
JETZT BRÜDERSTR. 3
ZAHLUNGSERLEICHTERUNGEN

3688

Von Mittwochmittag an steht ein frischer Transport

3682

pa. hann. Ferkel, Läufer- u. Futterschweine

sehr billig und unter günstigen Zahlungsbedingungen zum Verkauf

H. Richter, Trothaer St. 80. Tel. 3782

Die Sparkasse der Stadt Halle

Rathausstraße 5

(**Zweigstelle Nord**, Gr. Brunnenstr. 3a und **Zweigstelle Süd**, Landwehrstraße 25 — am Riebeckplatz)

hat gemäß dem Münzgesetze vom 30. August 1924 die Führung der Sparkonten vom 1. November 1924 an allgemein auf **Reichsmark** umgestellt, wobei eine Billion-Mark und eine Rentenmark einer Reichsmark gleichgestellt worden sind.

An Jahreszinsen für Spareinlagen gewähren wir gegenwärtig:

a) für täglich abrufbare Einlagen		= 7%
b) für Einlagen auf wenigstens	1 Monat fest	= 9%
c) „ „ „	3 Monate „	= 12%

Geschäftsstunden werktäglich vormittags von 8 bis 12½ Uhr und außer Mittwoch und Sonnabend auch nachmittags von 3 bis 5 Uhr.

Halle, den 28. November 1924. 3680

Der Vorstand der Sparkasse der Stadt Halle.

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27

(Volkspark) ca. 5000 Bände

Geöffnet Dienstag und Donnerstag, abends 6 bis 8 Uhr

Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandl., Harz 42/44

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Ortsgruppe Halle

Spielmannszug. Heute, Dienstag, bei Weiß Mansfelder Straße: **Uebungsstunde.**

Werbebezirk Nord Mittwoch abend 7 Uhr im „**Volkspark**". **Werbebezirk West.** Mittwoch abend 7 Uhr in der „**Produktiv**". **Werbebezirk Zentrum, Ost und Süd.** Mittwoch abend 7 Uhr auf den Sammelplätzen. **Alle Radfahrer mit Rädern.**

Jungsturm. Mittwoch abend ½8 Uhr in der „Produktiv": **Sitzung aller Werbebezirkskassierer und Werbebezirksführer.**

Mützen zum Preise von 2.50 Mk. können beim Kamerad Sachse, Am Wasserturm 2, Roßplatz, empfangen werden.

Kreis Merseburg

Mücheln. Donnerstag, 4. Dez., 8 Uhr, „Gewerkschaftshaus": **Wicht. Mitgliederversl.**

Kreis Zeitz

Theißen. Mittwoch, 3. Dez., abds. 8 Uhr, im „Blauen Stern": **Mitgliederversamml.**

Kreis Weißenfels

Weißenfels. Mittwoch, 3. Dez.: **Versammlung Abt. 3.** Mittwoch, 3. Dez.: **Versammlung, Abt. 4.** Freitag, 5. Dez.: **Versammlung, Abt. 1.** Freitag, 5. Dez.: **Versammlung, Abt. 2.**

Kreisvorstand RFB.

Ausgabe der Steuerkarten für das Jahr 1925

Die Ausgabe der Steuerkarten für 1925 an alle Arbeitnehmer einschließl. Pensionäre u. w. der Stadt Eisleben erfolgt an den nachbezeichneten Tagen während der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags und 2½ bis 5½ Uhr nachm. im Rathause, Zimmer 22 (Dachgeschoß) für die angegebenen Straßen.

Es werden ausgegeben:

Mittwoch, den 3. Dezember d. J. Albrechtstr., Annengasse, Annenkirchplatz, An der Oberhütte, Auswärtige Gehöfte, Wilhelm Beinertstr., Berggasse, Bismarckstraße, Braugasse, Breiter Weg, Borngasse, Creisfelder Gasse, Geiststr., H.-Geiststr., Größlerstr., Grüner Weg.

Donnerstag, den 4. Dezember d. J. Hallesche Str., Hüttenstr., Casseler Str., Leuschnerstr., Mittelreihe, Moltkestr., Mühlplatz, Mühlweg, Ottostr., Obere Parkstr., Stahlshüttenhof, Unt. Parkstr., Weinberg, Zellergasse.

Freitag, den 5. Dezember d. J. Andreaskirchplatz, Anhaltstr., Bäckergasse, Badergasse, Bahnhofstraße, Bebelstraße, Blücherstr., Bucherstr., Clotildestr., Ernststraße, Feldstr., Freiststr., Funkstr., Gartenstr., Gerbstedter Straße, Glockenstr. 8, Glumestr., Grabenstr.

Montag, den 6. Dezember d. J. Hahnegasse, Helbraer Str., Herrenstr., Hesseistr., Hohetorstr., Jüdenhof, Katharinenstr., Klippe, Klosterplatz, Klosterstr., Königstr., Küstergasse, Landwehr, Liebknechtstr., Lindenhof, Lindenstr., Lutherstr.

Dienstag, den 9. Dezember d. J. Magdeburger Str., Markt, Martinistr., Nikolaistr., Nikolaikirchplatz, Nußbreite, Petrikirchplatz, Petristr., Plan, Poststr., Pulvergasse, Rammberg, Rammtorstr., Kl. Rammtorstr., Rathausstr., Rathenaustraße.

Mittwoch, den 10. Dezember d. J. Rohrbornstr., Sangerhäuser Str., Schloßplatz, Schönerstedtstr., Schulgasse, Schulplatz, Sperlingsberg, Steinkopfstr., Steinweg, B. Siebenhitze, M. Siebenhitze, H. Siebenhitze, Stadtgraben, Torgartenstraße, Vikariatsgasse, Welderstr., Zeißingstraße.

Wir ersuchen um pünktliche Abholung der Steuerkarten, da ohne sie eine Ermäßigung der Steuer nicht erfolgen darf.

Jeder Arbeitnehmer ist verpflichtet, seine Steuerkarte dem Arbeitgeber bei Beginn eines jeden Kalenderjahres oder bei Beginn des Dienstverhältnisses auszuhändigen.

Eisleben, den 1. Dezember 1924

292 **Der Magistrat.**

Bekanntmachung

Es wird darauf hingewiesen, daß jeder **Wohnungswechsel** innerhalb der Stadt binnen 8 Tagen und jeder Zu- und Wegzug innerhalb 3 Tagen dem hiesigen Einwohner-Meldeamt anzuzeigen ist. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Eisleben, den 18. November 1924

291 **Die Polizeiverwaltung.**

Werbt für d. Klassenkampf

Sowjetsterne

in den bekannten Größen. Stück 40 und 50 Pf.

Runen, Stck. 40 Pf.

Edelweiß-Anhänger 1.– für Frauen und Mädchen

KJJ.-Abzeichen Stck. 50 Pf. wieder eingetroffen.

Bezirks-Buchhandlung und deren Filialen

Damenhandtaschen in nur solider Ausführung

Aktenmappen, Schulmappen

Brieftaschen, Zigarrentaschen

Geldtaschen :: Reisetaschen

empfiehlt

Max Fischer

Sattlermeister

Halle a. d. S., Mittelstr. 2

377

Unsere Trägerinnen kassieren in diesen Tagen und bitten wir daher, den Betrag bereitzulegen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241202-10/fragment/page=0008

Erich Kuttner

Arbeitermörder und sozialdemokratischer Reichstagskandidat

Der Name Kuttner stammt aus dem blutigsten Kapitel der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, das die Ueberschrift **Noske** trägt. Ihn trägt der Landtagsabgeordnete, dem sogar ein preußisches Gericht in einem Prozeß Kuttners gegen den Sozialdemokraten Davidsohn? bescheinigte, **daß er in den Berliner Januarkämpfen 1919 als Führer des von sozialdemokratischen Schiebern bezahlten Regiments „Reichstag" den sozialdemokratischen Arbeiter Eichhorn ohne Grund erschossen hat.**

Mit anderen Worten: daß Kuttner ein **Mörder ist.** Diesen Mann ließ die SPD. in den Landtag wählen. Dort mußte er — **ausgerechnet er — Reden gegen die Klassenjustiz halten. Ja,** letzthin wurde Kuttner Generalberichterstatter in einem Landtagsausschuß zur Nachprüfung der an revolutionären Arbeitern seit 1918 verübten, bisher ungesühnt gebliebenen Mordtaten. Der Fall Kuttner befand sich — erklärlicherweise — nicht in seinen Akten.

Diesem Sozialdemokraten, der — wie Ebert, Noske, Heine, Wels, Severing, Hörsing u. a. — Arbeiterblut fließen ließ, um die Herrschaft der Kapitalisten, Militaristen und Monarchisten in Deutschland wieder zu befestigen, passierte im Landtag am 27. Juni 1924 das Malheur, daß ihn der deutschnationale Abgeordnete Dr. **Kaufmann** auf Grund des Berliner Urteils einen **Mörder** und **Feigling** nannte (wobei man an das Sprichwort „Gleiche Brüder, gleiche Kappen" denken mußte). Daraufhin hat Kuttner, der selber Jurist ist, in einer persönlichen Bemerkung den Versuch zur Rechtfertigung gemacht. Trotz wohlwollender Unterstützung des Zentrumspräsidenten Dr. Porsch blieb der Versuch erfolglos. Wie sehr Kuttner im Gegenteil sich dabei als Mörder seines eigenen Parteigenossen entlarvte, das möchten wir nach dem Landtagsstenogramm der Oeffentlichkeit, insbesondere den früher unabhängigen Arbeiterwählern, unterbreiten:

Kuttner, Abgeordneter (Soz.-Dem. P.): Der Herr Abgeordnete Dr. Kaufmann hat zu Beginn seiner Rede für angezeigt gehalten, mir Angst und Mangel an persönlichem Mut vorzuwerfen. Ich habe mir einen Augenblick überlegt, ob es überhaupt lohnte, darauf zu antworten, weil der Herr Abgeordnete Dr. Kaufmann im Fortgang seiner Rede auf mich den Eindruck gemacht hat, daß er dauernd darauf verzichten wolle, hier im Hause überhaupt noch ernst genommen zu werden. Da aber diese Aeußerungen des Herrn Dr. Kaufmann nicht die einzigen sind, sondern beispielsweise auch vor kurzem von seinem Kollegen Negenborn in ähnlicher Form getan worden sind, so gehe ich hiermit auf die Sache trotzdem ein, ohne mich, wie gesagt, etwa durch die Person des Herrn Kaufmann dabei irgendwie alterieren zu lassen.

Im übrigen zu dem Vorfall, auf den Sie anspielen und den Sie hier bemängelt haben! Schon die Situation, in der sich dieser Vorfall abgespielt hat, hätte Ihnen eigentlich einen Fingerzeig dafür geben können, daß von einem Mangel an persönlichem Mut auf meiner Seite keine Rede sein kann. Denn ich bin in diese ganze Situation nur dadurch hineingeraten, daß ich mich in einem außerordentlich kritischen Moment der Regierung zur Verfügung gestellt und mein Leben in die Schanze geschlagen habe.

(Zuruf bei den Komm.: Das wird auch nicht vergessen werden.)

— Das können Sie, und wenn Sie sich darüber aufregen, will ich Ihnen auch das Motiv sagen. Ich bin nämlich der Ansicht, daß, wenn man aufruft, irgend etwas mit Gefahr des Lebens zu verteidigen, sei es das Land, sei es die Republik, oder sei es auch die Sowjetrepublik, kurz, wenn man irgend etwas mit Gefahr des Lebens zu verteidigen aufruft, dann **der Führer an die Spitze gehört.**

(Stürmische Zurufe und Unruhe bei den Komm.)

— Ich weiß allerdings, daß ich mich in dieser Auffassung grundsätzlich von Ihnen unterscheide.

(Stürmische Zurufe bei den Komm. — Glocke des Präsidenten.)

Erster Vizepräsident Dr. Porsch (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter Kuttner, das ist aber keine persönliche Bemerkung.

Kuttner, Abgeordneter (Soz.-Dem. P.) (fortfahrend): Ich bin nur durch diese Zwischenrufe dazu veranlaßt worden. Schaffen Sie mir Ruhe, Herr Präsident, dann werde ich weiter reden.

Um auf diesen Vorfall selbst zurückzukommen: wenn ich mich nicht persönlich der Regierung zur Verfügung gestellt und mein Leben eingesetzt hätte, wäre ich nicht in die Lage gekommen, in diesen unruhigen Januartagen Patrouille zu gehen. Daß ich Patrouille gegangen bin, was ich auch nicht nötig gehabt habe, lag auch nur daran, daß ich es als militärischer Führer für meine Pflicht gehalten habe, gerade in den gefährlichen Situationen mich an die Spitze meiner Leute zu stellen, immer dahin, wo es gefährlich war.

(Erneute Zurufe bei den Komm.)

— Sie können ja Herrn Abgeordneten Dr. Kaufmann weiter Hilfsdienste leisten; ich bin durchaus damit zufrieden.

(Erneute stürmische Zurufe bei den Komm. — Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Erster Vizepräsident Dr. Porsch (den Redner unterbrechend): Ich bitte den Herrn Redner nicht weiter zu unterbrechen.

Kuttner, Abgeordneter (Soz.-Dem. P.) (fortfahrend): Um auf den Vorfall selbst zu kommen, so ist er ja Gegenstand eingehender gerichtlicher Untersuchung gewesen, in einer Verhandlung, in der ich Kläger war, als Kläger von vornherein ungünstiger gestellt, als wenn ich etwa Angeklagter gewesen wäre; denn ich war in der Anwendung meiner Mittel beschränkt, während der Angeklagte weit bessere Mittel hatte, gegen mich zu operieren.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Wolfstein)

— Ach Gott, wenn von Beschränktheit die Rede ist, Frau Abgeordnete Wolfstein, dann wollen wir doch nicht miteinander reden.

(Heiterkeit)

Das Gericht hat festgestellt, daß der getötete Eichhorn zunächst durch unbefugten Waffengebrauch Menschen gefährdet hat.

(Stürmische Zurufe bei den Komm.: Sie haben ihn erschossen!)

— Warten Sie doch ab!

(Große Unruhe. — Zurufe bei den Komm.: Gehört das zur persönlichen Bemerkung? — Glocke des Präsidenten.)

Erster Vizepräsident Dr. Porsch (den Redner unterbrechend): Ich bitte wiederholt um Ruhe. Bei der eigentümlichen Situation muß ich dem Herrn Redner weiteren Spielraum geben.

(Lebhafte Zurufe bei den Komm.)

— Wenn Sie in einer ähnlichen Situation sein werden, werde ich Ihnen auch diesen Spielraum geben.

Kuttner, Abgeordneter (Soz.-Dem. P.) (fortfahrend): Das Gericht hat festgestellt, daß ich nichts unversucht gelassen habe, um zunächst den tobenden und randalierenden Menschen zu entwaffnen, daß mir das auch gelungen ist, daß es dann aber infolge der Disziplinlosigkeit und Unzuverlässigkeit meiner eigenen Patrouille dem entwaffneten Mann gelungen ist, sich wieder in den Besitz von Waffen zu setzen, und zwar zuletzt in den Besitz von Handgranaten, deren er eine entsicherte, die wieder gesichert wurde, worauf er eine zweite zu entsichern im Begriff war.

(Stürmische Zurufe bei den Komm.: Und dann? — Große Unruhe. — Zuruf des Abgeordneten Paul Hoffmann.)

— Das überlasse ich jenen, die Verbrechen gegen den Kinderschutz begangen haben.

(Glocke des Präsidenten.)

Erster Vizepräsident Dr. Porsch (den Redner unterbrechend): Das dürfen Sie aber im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht ausführen.

(Andauernde große Unruhe. — Erneuter Zuruf des Abgeordneten Paul Hoffmann.)

Kuttner, Abgeordneter (Soz.-Dem. P.) (fortfahrend): — Wenn von Verleumdungen die Rede ist, dann sollten Sie sehr still sein, Herr Hoffmann.

(Abgeordneter Paul Hoffmann: Ganz recht, auf Sie trifft es zu! Der Mörder steht an der Bank!)

Das Gericht kommt zu folgender Würdigung der Situation.

(Glocke des Präsidenten.)

Erster Vizepräsident Dr. Porsch (den Redner unterbrechend): Ich bitte aber, nicht alles vorzulesen.

Kuttner, Abgeordneter (Soz.-Dem. P.) (fortfahrend): Ich lese etwa 15 Zeilen aus dem Urteil vor.

(Erneute stürmische Zurufe bei den Komm.)

— Schön, noch weniger! Da heißt es:

Für die Entscheidung der Frage (gemeint ist: der Notwehr) ist wesentlich, welche Gefährlichkeit dem Angriff Eichhorns tatsächlich innewohnt. Die Kammer meint, daß ein sehr gefährlicher Angriff im Gange war; denn wenn sich die Granate in dem engen, mit Menschen angefüllten Hofraum entladen hätte, so würde wahrscheinlich ein großer Teil von ihnen teils getötet, teils wenigstens schwer verwundet worden sein. Es gab auch für die vielen Leute kein schnelles Entrinnen oder die Möglichkeit einer sofortigen Deckung.

Diese Situation hat das Gericht festgestellt.

(Erneute lebhafte Zurufe bei den Komm.)

— Ist ja gar nicht wahr; es war ja ein Angehöriger meiner eigenen Truppe!

(Erneute stürmische Zurufe bei den Komm. — Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Kuttner, Abgeordneter (Soz.-Dem. P.) (fortfahrend): Diese Situation, die das Gericht feststellt, ist für mich maßgebend gewesen. Ich bin auch unter den gefährdeten 12 bis 15 Menschen gewesen. Aber ich kann Ihnen sagen, Herr Kollege Dr. Kaufmann, ich hätte es, wenn ich wirklich feige gewesen wär, vielleicht auch machen können wie einige Zeugen, die bekundet haben, daß sie im letzten Augenblick hinter einem Baum und einem Schuppen, der dort stand, Deckung gesucht haben.

(Zuruf bei den Komm.: Sie schießen!)

Ich habe aber gewußt: es standen dort eine Anzahl Arbeiter der Dürrkoppwerke, es standen unbeteiligte Zuschauer herum, die noch nie eine Handgranate hatten krepieren sehen, und die von der Größe der Gefahr, in der sie sich befanden, keine Idee hatte.

(Anhaltende Zurufe bei den Komm. — Glocke des Präsidenten.)

Wenn das Gericht feststellt, daß im nächsten Augenblick von den in dem engen Hofraum zusammengedrängten Menschen, die zum Teil die Neugier und Sensationslust dahingeführt hatte, ein großer Teil getötet oder verwundet worden wäre, so war ich mir als Führer der Patrouille bewußt, daß der Tod dieser Menschen auf mein Haupt gekommen wäre, wenn ich als Führer der Patrouille es nicht verhindert hätte.

(Sehr richtig! bei der Soz.-Dem. P.)

Ich bin mir bewußt gewesen, daß ich

(anhaltende stürmische Zurufe bei den Komm. — Glocke des Präsidenten.)

für diese 12 bis 15 durch eine krepierende Handgranate aufs äußerste gefährdeten Personen handeln mußte.

(Anhaltende stürmische Zurufe bei den Komm. — Glocke des Präsidenten.)

Erster Vizepräsident Dr. Porsch (den Redner unterbrechend): Meine Damen und Herren, wenn jetzt nicht Ruhe eintritt, muß ich von den Bestimmungen der Geschäftsordnung Gebrauch machen.

(Anhaltende Zurufe bei den Komm.)

Kuttner, Abgeordneter (Soz.-Dem. P.) (fortfahrend): Jawohl, Herr Kollege Meyer, **es gibt Situationen, wo man den Tod von 10 Unschuldigen verhindern muß.**

(Bravo! bei der Soz.-Dem. P. — Anhaltende stürmische Zurufe bei den Komm. — Glocke des Präsidenten.)

Erster Vizepräsident Dr. Porsch (den Redner unterbrechend): Ich muß dringend um Ruhe bitten. Wenn die Ruhe weiter gestört wird, zwingen Sie mich, von den strengen Bestimmungen der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen. Das würde ich sehr ungern tun, aber Sie zwingen mich dazu. Ich bitte, den Redner zu Ende kommen zu lassen.

(Anhaltende stürmische Zurufe bei den Komm. — Glocke des Präsidenten.)

Meine Damen und Herren, ich muß allerseits um Ruhe bitten.

(Zurufe bei den Komm. — Glocke des Präsidenten.)

Kuttner, Abgeordneter (Soz.-Dem. P.) (fortfahrend): **Ich möchte gern wissen, was mir heute vorgeworfen würde, wenn ich die Handgranate hätte krepieren lassen und 10 Menschen tot auf dem Platze geblieben wären!**

(Anhaltende Zurufe bei den Komm. — Glocke des Präsidenten.)

Erster Vizepräsident Dr. Porsch (den Redner unterbrechend): Das ist aber keine persönliche Bemerkung.

Kuttner, Abgeordneter (Soz.-Dem. P.) (fortfahrend): **Dann verzichte ich ganz und gar darauf, Leute zu belehren, die unbelehrbar sind.**

Ich möchte nur zum Schluß dem Herrn Kollegen Dr. Kaufmann sagen: ich habe ihn einmal und hiermit auch zum letzten Mal in diesem Hause über den Sachverhalt aufgeklärt. Sollte er seine Verleumdungen noch weiter wiederholen, dann bin ich bereit, ihm auch noch andere Beweise persönlichen Mutes zu liefern, die derart ausfallen werden, daß Herr Kollege Dr. Kaufmann auf Ewigkeit von der Sucht solcher Verleumdungen kuriert wird.

(Bravo! bei der Soz.-Dem. P.) — Unruhe bei den Komm. — Glocke des Präsidenten.)"

Kuttner (zu dem Arbeiter Eichhorn, wenige Sekunden ehe er ihn erschießt): **„Ich kenne Dich, Du bist ein Spartakist!"**

Willst Du die Partei des Arbeitermordes?

Dann wähle SPD!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241202-10/fragment/page=0009

Aus den Betrieben

Die letzten Aufgaben der Betriebszellen im Wahlkampf

Von Werner Scholem.

Der Wahlkampf hat seinen Höhepunkt erreicht. Die Verfolgung der Kommunistischen Partei hat noch zugenommen und dem Auftakt, den das Reichsgericht mit den Haftbefehlen gegen fast alle kommunistischen Abgeordneten dem Wahlkampf gab, entspricht eine würdige Weiterentwicklung der Verfolgungsaktion. Ueberall werden diejenigen bekannteren kommunistischen Funktionäre, deren man habhaft werden kann, festgenommen, zum Teil direkt in öffentlichen Versammlungen, in denen sie als Referenten oder Diskussionsredner sprechen. Zur selben Zeit bewerfen die sozialdemokratischen und bürgerlichen Wahlredner unsere Partei mit Kot. Die Verleumdungskampagne, insbesondere der sozialistischen Presse, hat einen Höhepunkt erreicht, der wohl kaum noch überboten werden kann. Die Herrschaften haben jetzt mehrere Wochen lang derartig geschimpft, daß sie sich überschrien haben und daß ihnen allmählich die Spucke wegbleibt.

Die unterdrückte, gehetzte, geächtete und totgesagte KPD. lebt! Kurz vor der Wahlschlacht rüsten sich die entscheidenden Organisationen der Partei, die **Betriebszellen**, zur letzten gesteigerten Aufklärungsarbeit.

Der bisherige Verlauf des Wahlkampfes hat gezeigt, daß die KPD. auf dem richtigen Wege war, als sie — nach der russischen Kommunistischen Partei die erste Sektion der Kommunistischen Internationale — seit dem Frankfurter Parteitag ihr Hauptaugenmerk auf die Schaffung lebensfähiger und politisch gut geschulter Betriebszellen legte. Während die sozialdemokratischen Narren von organisatorischer Auflösung der KPD. krächzten, erwuchsen in stiller und aufopferungsvoller Arbeit unsere Betriebsorganisationen, unsere Organe in den Betrieben, welche die Partei aufs Neue unauflöslich mit den arbeitenden Massen verbanden und der Partei ein neues Kraftgefühl geben, während die Sozialdemokratie vor den Wählermassen die Partei des Aufstiegs mimt.

Der Wahlkampf zeigt die Betriebszellen, die heute in jedem Großbetrieb Deutschlands existieren, in der aktivsten Tätigkeit. Während die Kommunistische Partei ihre früheren Wahlkämpfe noch mit der traditionellen Wohnorganisation durchführte, haben sich diesmal bereits die bestehenden Wohnungsorganisationen und die Betriebszellen in der organisatorischen Vorbereitung der Wahlarbeit und in der Teilung der Aufgaben gut ergänzt.

In der letzten Woche vor der Wahl müssen unsere Betriebszellen in noch gesteigertem Maße zeigen, daß sie das wahre Fundament der Partei sind und daß ihre Arbeit unter den großen Massen des Proletariats und ihre Verbindung mit diesen Massen allen Verleumdungen und Verfolgungen zum Trotz die Partei der Revolution zu einem Erfolge am 7. Dezember führen werden. Die vorbereitenden Betriebszellen-Funktionärversammlungen und Betriebszellen-Mitgliederversammlungen haben stattgefunden; jedes Betriebszellenmitglied weiß, worum es politisch bei diesem Wahlkampfe geht. Kein Mitglied macht sich etwa parlamentarische Illusionen über die Ergebnisse der Wahl. Aber alle wissen, daß von den Deutschvölkischen bis zu den Sozialdemokraten der Kampf nur mit einem Ziel geführt werden kann: Die KPD. am 7. Dezember zu schwächen, um der Arbeiterschaft ihr Kraftbewußtsein zu rauben und die Arbeiter in den Betrieben für die gesteigerte wirtschaftliche Ausbeutung der kommenden Jahre willfährig zu machen. Auch das letzte Mitglied unserer Betriebszellen weiß, daß der größte Verbündete unserer Feinde die **Wahlmüdigkeit** ist und daß nichts mehr bekämpft werden muß als jene Redensart: **„Laßt mich in Ruhe, ich habe den Schwindel satt, ich gehe nicht mehr wählen."**

In der letzten Woche vor dem 7. Dezember werden die Mitglieder unserer Partei jede Stunde ausnutzen, um den Wahltag zu einer gewaltigen Demonstration für den Kommunismus in Deutschland zu machen. Das Material, welches die Zentrale, die Bezirksleitungen und die Ortsgruppen zur Wahl herausgegeben haben, muß in und vor den Betrieben verteilt werden. Die aufklärenden Flugblätter über die sozialdemokratischen Schwindler, über die Rolle der Gewerkschaftsbureaukratie, über die Deutschnationalen und Deutschvölkischen, über das Elend der Arbeiterinnen und — in den katholischen Gegenden — über das jesuitische Zentrum muß nicht nur verteilt, sondern klug verteilt werden.

Die **mündliche** Agitation im Betrieb ist in der letzten Woche vor der Wahl von der größten Bedeutung. Die Mitglieder unserer Betriebszellen müssen hier offen auftreten, müssen es verstehen, ihre Arbeitskollegen von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich an der Demonstration für den Kommunismus zu beteiligen. In dieser Woche politische Gespräche mit den Arbeitskollegen in Gang zu bringen, wird nicht schwer sein. Man muß dabei zweckmäßig verfahren. Es ist das Hauptaugenmerk darauf zu legen, mit den bisher unaufgeklärten Kollegen und ferner mit den an sich revolutionär eingestellten, aber wahlmüden Kollegen zu sprechen.

Unsere Betriebszellenmitglieder dürfen nicht **die Arbeiterinnen, die Angestellten und die Jugendlichen** im Betrieb vergessen. Die SPD. verspricht jetzt den Arbeitern das Blaue vom Himmel. Die unsagbar läppischen Tiraden in den Frauenbeilagen der sozialdemokratischen Blätter, die „Blümleinsläppchen" der „Frauenwelt", das ganze Gerede von „Glück und Sonne", das man mit dem sozialdemokratischen Stimmzettel am 7. Dezember sich kampflos erringen kann, ist raffiniert darauf zugeschnitten, Dumme zu fangen. Unsere Genossen im Betrieb haben es leicht, unter Hinweis auf die Taten der SPD. im Parlament die Arbeiterinnen aufzuklären.

Eine der wichtigsten Aufgaben der letzten Tage ist die **richtige Verteilung der kommunistischen Presse** im Betrieb. Und ferner die Herstellung und Verbreitung von **besonderen Wahlnummern der Betriebszellenzeitung.** Es darf keinen größeren oder mittleren Betrieb in Deutschland geben, in dem nicht die kommunistische Presse den Indifferenten zugestellt wird. Unsere Betriebszellen-Funktionäre müssen dafür sorgen, daß die Genossen der Organisation die gelesenen Zeitungen der letzten Tage sammeln und sie den Betrieben zur Agitation zustellen. Durch diese Aufklärung wird noch mancher sozialdemokratische Schwindel und manche gehässige Verleumdung vor der Wahl entlarvt werden können.

Vor dem Wahltag sollen unsere Genossen sich bemühen, möglichst mit uns sympathisierende Arbeiter als Wahlhelfer zu gewinnen, damit wir den vielen Anforderungen, die der Wahltag an die Organisation stellt, gerecht werden können.

All dieses und noch manches, was hier nicht ausdrücklich erwähnt werden kann, haben die Betriebszellen vor dem 7. Dezember zu verrichten Heran an die Arbeit, Genossen in den Betrieben! Die ausschlaggebende proletarische Schicht die Arbeiterschaft der Großbetriebe, muß am 7. Dezember ihre Stimme für die proletarische Revolution, für die KPD. abgeben.

Und nochmals das Eisenbahn-Ausbesserungswerk Halle

Der „Dank des Vaterlandes"!

Zweimal haben wir in der letzten Zeit kurz hintereinander über dieses Werk berichtet, und schon wird uns wieder ein unerhörter Vorgang berichtet. Ein **50prozentiger Kriegsbeschädigter** hat jetzt den „Dank des Vaterlandes" dadurch erhalten, daß er **zum 23. Dezember (ausgerechnet zu Weihnachten gekündigt worden ist. Wahrlich ein köstliches Weihnachtsgeschenk der Christen**menschen für einen Familienvater mit sieben Kindern! Und warum fliegt er auf die Straße? Weil er angeblich nicht mehr genug ausbeutungsfähig ist!

Eisenbahner! Das ist ein treffendes Beispiel, wie mit Euch umgesprungen wird. Bedenkt auch, was noch folgt! Der große allgemeine „Abbau" steht noch vor der Tür! Das alles sind die Folgen des Dawes-Abkommens, das von allen Parteien von den Deutschnationalen bis zur Sozialdemokratie im verflossenen Reichstag angenommen worden ist. Denkt daran am 7. Dezember. Gebt all diesen Parteien am Wahltag den verdienten Fußtritt und **wählt die Liste 4, die Liste der Kommunisten!**

Der Abgebaute

Ich war ein Meister, Meister in Leine,
Nun steh' ich da mit dem Abkehrscheine.
Für meine Verdienste und für mein Streben
Ward mir ein herzhafter Fußtritt gegeben.
Ich Tor spür's heut' mit einemmal —
Mein Todfeind ist das Kapital!
Was half's, daß ich zu jeder Zeit,
Das Werk zu fördern war bereit?
Was half's, daß ich nicht einmal murrte,
Wenn mir der Magen elend knurrte?
Politisch war ich stets neutral,
War nie ein Gegner vom Kapital!
Ein Wahn war es, der mich betört.
Ich seh' es ein, ich war ein Knecht.
Die Kommunisten haben recht.
Ich weiß, der Ausweg aus der Qual
Heißt: „Klassenkampf dem Kapital!" L. E. M. 23.

(Aus: „Der Leuna-Prolet".)

Wir haben nicht vergessen!

Getreu der Unternehmerparole ist man in der Firma „Nagel" stets bemüht, vorbildlich auf völlige Knebelung der Proleten hinzuarbeiten. Dass dadurch stets die besten unserer Kollegen auf der Strecke geblieben, „haben wir nicht vergessen" Dass die Belegschaft – zu 90% organisiert zusammengefasst einmal stark u. mächtig war, „haben wir nicht vergessen" Dass Inflation-Kurzarbeit u. Erwerbslosigkeit die Organisation geschwächt u. somit kampfunfähig gemacht hat, „wissen wir" Dass Inflation-Kurzarbeit u. Erwerbslosigkeit von der Kapitalisten-Klasse selbst heraufbeschworen, um die Arbeiter gefügig wie Schäflein zu machen, „haben wir nicht vergessen" Dass dadurch der Herren u. Machtstandpunkt unserer Direktion gewachsen ist „wissen wir" wir wissen auch dass Bäume nicht in den Himmel wachsen. Dass aber auch Betriebsleitung u. leider auch teils die Herren Meister vorzügliche Helfersdienste für den Unternehmer gegen die Proleten leisten, „haben wir nicht vergessen"

„Wir haben aber auch nicht vergessen, wie man die Waffen zum Gegenkampf [illegible] Darum auf! Leben in die Bude! Hinein in die [illegible] wir haben [illegible]

Schafft Euch Betriebszellenzeitungen!

Die Betriebszellen-Zeitung ist eine scharfe Waffe gegen das Unternehmertum und den reformistischen Bonzenklüngel.

E sdarf keinen Betrieb geben, wo nicht mindestens aller 14 Tage eine Betriebszellen-Zeitung erscheint.

Jede Betriebszellen-Zeitung muß jetzt auf die Wahlpropaganda für die KPD. eingestellt sein. Dutzende von Vorgängen in den Betrieben können benutzt werden, in der Wahlbewegung an die indifferenten Arbeiter heranzukommen.

Genossen, tut das!

96 Stunden Arbeitszeit in der Cröllwitzer Papierfabrik

Ganz miserable Zustände herrschen in der Cröllwitzer Papierfabrik, Rohstoffabteilung. Die Schichtmeister, ehemalige Arbeiter aus dem Betriebe, sind Antreiber schlimmster Sorte. Jedenfalls haben sie Angst, ihren schönen Posten zu verlieren. Die zurzeit herrschende Antreiberei und Schikaniererei spottet einfach jeder Beschreibung.

Hier werden 10 und 12 Stunden täglich gearbeitet, Sonntags sogar 24 Stunden!

Das sind **bei Schichtarbeitern 96 Stunden in einer Woche,** trotzdem Tausende arbeitslos herumlaufen. Um 3 Uhr ertönt das Fabriksignal, obwohl um diese Zeit noch niemand Feierabend hat. Aber um 5 Uhr, wo der größte Teil der Belegschaft den Betrieb verläßt, pfeift es nicht. Jedenfalls soll es heißen: In der Papierfabrik werden nur acht Stunden gearbeitet! Oder soll das 3-Uhr-Signal vielleicht die Herren Direktoren aus ihrem Nachmittagsschläfchen wecken?

Kollegen dieser Knochenmühle, haltet mehr denn je zusammen und organisiert Euch, denn mit der Organisation sieht es hier schlecht aus. **Wollt Ihr den Achtstundentag, dann stimmt am 7. Dezember für die KPD.! Denn nur diese Partei kämpft für den Achtstundentag!**

Mordgrube Walters Hoffnung Stedten

Tiefbau.

Die Arbeiter kennen diese Grube nur noch unter dem Namen **Mordhöhle.** Dort herrscht ein **Antreibe- und Ausbeutungssystem,** wie kaum wo anders. Die Steiger wetteifern förmlich miteinander, die Produktion zu steigern. Es ist geradezu entsetzlich, wie hier geschuftet werden muß. Besonders tut sich ein **Steiger Hohberg** hervor, dem überhaupt nicht genug geleistet werden kann. **Am liebsten nimmt er den Knüppel zur Hand und jagt hinter den Kumpels her.**

Arbeiter, wie lange wollt Ihr Euch solche Behandlung und Ausbeutung gefallen lassen? Wollt Ihr zehn und zwanzig Jahre früher nach dem Friedhof auswandern? Erwacht, zeigt der Ausbeutergesellschaft und ihren Handlangern die Zähne! Organisiert Euch, kämpft dann in den Organisationen für Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung, bildet eine geschlossene Front gegen alle Eure Feinde! Am 7. Dezember ist auch Wahltag! Wählt an diesem Tage Kommunisten, die Euch zum Kampfe führen werden gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem!

Eine wahre Begebenheit in der Wolfener Filmfabrik

Ein arges Mißgeschick passierte dieser Tage einem Meister der Wohlfahrtsabteilung der **Filmfabrik Wolfen.** Er war einer Arbeiterfaust zu nahe gekommen; dabei sollen ihm einige Zähne abhanden gekommen sein. Der Vorgang soll sich etwa wie folgt abgespielt haben: Der Meister hatte einen Kantinier im Verdacht, **geraucht** zu haben. Auf seine Frage: „**Sie haben geraucht?**" beteuerte der Arbeiter seine Unschuld. **„Dann lassen Sie mir mal an Ihre Finger riechen!"** Dabei soll dann das bedauernswerte Unglück passiert sein.

Auch den kleinlichen Schikanen der Werkspolizei müßte energisch entgegengetreten werden.

Die Parole in den Betrieben: Hinein in die Gewerkschaften

Wie die Kommunisten die Frage der Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit auffassen, davon legt u. a. die Tätigkeit unserer Genossen in der **Papierfabrik Nossen** beredtes Zeugnis ab. Dort konnten nach intensiver **Werbearbeit sämtliche Belegschaftsmitglieder der gewerkschaftlichen Organisation zugeführt werden.** Während also die Amsterdamer die gewerkschaftliche Einheit durch Ausschluß der Kommunisten herbeiführen wollen, sind unsere Genossen eifrig am Werke, um den Einheitsgedanken im Interesse des Proletariats zu betätigen. Das vorstehende Beispiel muß trotz aller Spaltungsversuche der Amsterdamer überall Nachahmung finden. Nur dann wird es möglich sein, die Gewerkschaften von den Arbeiterverrätern zu säubern und die Organisationen wieder zu Machtfaktoren im Befreiungskampf des Proletariats zu gestalten.

Wie baue ich eine Betriebszelle auf?

Mit dem Abdruck des folgenden Beitrags eröffnen wir die Diskussion über diese Frage. Wir ersuchen alle Genossen in unserem Bezirk, die über praktische Erfahrungen über den Aufbau der Zelle ihres Betriebes verfügen, dies zu Papier zu bringen und uns die Artikel zur Verfügung zu stellen. Die Redaktion.

Wir haben in einer Funktionärsitzung für jeden Betrieb **zwei** verantwortliche Genossen bestimmt. Diese Genossen haben **die** Pflicht, zu sondieren. Sie kennen die Mitglieder der Partei in ihrem Betriebe. Mit denselben haben sie sofort Fühlung zu nehmen und — selbstverständlich — **für jede Abteilung einen zuverlässigen Genossen als Abteilungsleiter zu bestimmen.** Diese unbedingt verantwortlichen Genossen kennen den Gedankengang ihrer Arbeitskollegen aus Gesprächen. Sie kennen vor allem die Parteigenossen, die sie unbedingt zu sammeln und organisatorisch zu erfassen haben. Wichtige Zeitungsartikel, Broschüren, Tagesgespräche aus Ort und Betrieb haben die verantwortlichen Genossen unbedingt mit den übrigen Genossen — und nach Möglichkeit mit den Kollegen — besonders mit Sympathisierenden zu besprechen und zu diskutieren.

Die verantwortlichen Genossen haben in den Funktionär- bzw. Arbeitsgebietskonferenzen **Bericht über den Werdegang ihrer Zellen zu geben.** Hier erhalten sie auch weitere Instruktionen und Anweisungen. Das dort Gehörte ist nun Allgemeingut, d. h. die „Verantwortlichen" haben mit den Zellenmitgliedern die weitere Arbeit auf Grund der gegebenen Anweisungen eingehend zu besprechen und danach zu handeln. Vor allem haben sie bei jedem Genossen das Verantwortungsgefühl zu wecken, **indem sie von ihren Zellenmitgliedern ebenfalls Berichte über deren Tätigkeit verlangen.** Dazu ist die Betriebszellenzeitung der geeignete Platz, wo selbstverständlich auch jedes Verhalten im Betrieb, jede Anordnung der Direktion oder Betriebsleitung, der Vorgesetzten wie der Arbeitsverhältnisse überhaupt eingehend zu besprechen ist.

Bei Betriebszellensitzungen haben die „Verantwortlichen" jedes Mitglied zur Rechenschaft zu ziehen, das ohne Entschuldigung der Sitzung fernbleibt. Es bedarf keiner Frage, daß auch die Zellenleiter keine „Herrgötter" sind, d. h., daß auch sie sowohl der Zelle als auch der Partei gegenüber verantwortlich sind. Ebenso selbstverständlich muß die Arbeit der Betriebszellen eine einheitlich geregelte sein.

Um eine einheitliche Arbeit zu gewährleisten, haben die Zellenleiter (auch Abteilungsleiter) wie alle mit Funktionen betrauten Zellenmitglieder an den Funktionär- und Arbeitsgebietssitzungen teilzunehmen. Sie haben im Verein mit den Leitungen der übrigen Betriebe **gemeinsame Sitzungen** und gegebenenfalls auch **gemeinsame Betriebszellensitzungen** abzuhalten. Da die politische wie gewerkschaftliche und organisatorische Arbeit klare Erkenntnis fordert, ist bei besonderen Fällen unbedingt ein Referat von der Partei zu fordern. Es darf nie vergessen werden, daß Wirtschafts- und politische Fragen unlösbar miteinander verbunden sind. In leicht verständlicher Weise ist Ursache, Wirkungen und unsere Stellung zu erläutern und durch Diskussion das Interesse an den jeweiligen Fragen zu heben.

Die Betriebszellenleiter sollen einen ganzen Stab — einen politischen, einen organisatorischen, einen gewerkschaftlichen Leiter und einen Literatur- und Presseobmann — um sich sammeln. Da man den Gedankengang der Genossen durch die ständige Zusammenarbeit kennt, ist es für geschickte Genossen leicht, jedes Mitglied zu praktischer Arbeit heranzuziehen.

Bestimmt aber auch alle anderen Genossen zur Mitarbeit und seid dahinter her wie der „Teufel hinter einer armen Seele". Und vor allem: Ueberwindet Eure Bequemlichkeit! Kommunist sein, heißt nun einmal: praktischer Arbeiter für die Revolution sein. Wer das nicht will, soll sich nicht in die Partei aufnehmen lassen.

Zur Betriebszelle gehört unbedingt die **Betriebszellenzeitung!** In jedem Betrieb gibt es haufenweise Material, womit man oft Tageszeitungen füllen könnte. **Da setzt ein!** Ein Berichterstatter ist leicht zu finden. Das beweist zur Genüge der Ortsklatsch der anderen. Wer keine Betriebszeitung zustande bringt, beweist, daß nicht viel mit ihm los ist!

Der Aufbau einer Betriebszelle ist nicht so schwer, wie es vielfach hingestellt wird. Die Angst der Ausbeuter vor den Zellen sollte Euch sagen:

Wir sind auf dem richtigen Weg! K. F.

Die bevorstehenden Reichstagswahlen kosten Geld. Genossen, sammelt für den Wahlfonds der KPD.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241202-10/fragment/page=0010
DFG